Der Sozialistische Arzt

Zeitschrift des Vereins „Sozialistischer Ärzte“

Geleitet von E. Simmel und Ewald Fabian

◆

1930

6. Jahrgang




INTERNATIONAL
PSYCHOANALYTIC
UNIVERSITY
DIE PSYCHOANALYTISCHE UNIVERSITÄT IN BERLIN

Inhalts-Verzeichnis

1. GESUNDHEITSPOLITIK UND ARBEITERSCHUTZ

2. GEBURTENREGELUNG § 218, SCHWANGERSCHAFTSUNTERBRECHUNG

3. JUGEND- UND KINDERSCHUTZ

4. KRANKENKASSEN

5. ALLGEMEINE AERZTEFRAGEN, FRAGEN DER AUSBILDUNG, KRISE DER MEDIZIN

6. RUNDSCHAU

7. AUS DER SOZIALISTISCHEN AERZTEBEWEGUNG

Internationales

Aus dem V. S. Ä.

Ortsgruppen

8. TAGUNGEN

9. BRIEFKASTEN

10. BÜCHER UND ZEITSCHRIFTEN

Autoren-Verzeichnis

DER SOZIALISTISCHE ARZT

Vierteljahreszeitschrift des „Vereins Sozialistischer Ärzte"
Geleitet von E. Simmel und Ewald Fabian

VI. Jahrgang Nummer 1 Berlin, Februar 1930

INHALT

DER SOZIALISTISCHE ARZT

Vierteljahreszeitschrift des „Vereins Sozialistischer Ärzte"

Geleitet von E. Simmel und Ewald Fabian

VI. Jahrgang | Nummer 1 | Berlin, Februar 1930

Eine neue Sektion der kommenden Sozialistischen Ärzte-Internationale.

Wie wir an anderer Stelle mitteilen, fand auf Initiative unserer Mitglieder, der Gen. Holitscher, Gruschka und Lieben, am 2. Februar in Prag die Gründungsversammlung des Vereins deutscher soz.-dem. Aerzte in der Tschechoslovakischen Republik statt. Gen. Fabian-Berlin war als Vertreter des Reichsvorstands des V.S.Ae. erschienen und überbrachte die Grüße der deutschen sozialistischen Aerztebewegung. Einstimmig wurde der Beschluß gefaßt, die Zeitschrift „Der Sozialistische Arzt" auch zum offiziellen Organ des neuen Vereins zu erklären.

Die Berliner Sparmaßnahmen und die Gesundheitsfürsorge.

(Nach einem Referat des Gen. Max Hodann im V.S.Ae. am 13. 1. 30.)

Der Oberpräsident von Berlin-Brandenburg hat einen Sparkommissar mit diktatorischer Vollmacht ernannt, jedes der 20 Berliner Bezirksämter hat wiederum für seinen Bereich einen Sparkommissar eingesetzt. Sitzungen über Sitzungen! Man spart. Was kommt dabei heraus? Nicht der Abbau der Bezüge der Bürgermeister und Stadträte oder der Direktorengehälter der städtischen Gesellschaften. Die städtische Oper bekommt weiter ihren Millionenzuschuß, die Bauausstellung bleibt „gesichert" — wiederum eine Vielmillionenausgabe!

Dafür begnügt man sich nicht, — bei rapide ansteigender Erwerbslosigkeit — der werktätigen Bevölkerung durch Extrasteuern die letzten Groschen aus der Tasche zu holen, man enthält den Bedürftigsten das Allernotwendigste vor: Die Richtsätze für Wohlfahrtsunterstützung werden herabgesetzt. An den Alten, Kranken, Erwerbsunfähigen und Ausgesteuerten wird gespart, was anderwärts großspurig vertan wurde. Eßmarken und Kohlenscheine werden verknappt, die Gewährung aller Unterstützung wird erschwert.

Aber damit noch nicht genug. Die Arbeiterbevölkerung muß auf dem direktesten Wege an ihrer Gesundheit büßen. Die Proletarierkinder sitzen weiter in verrußten, abbröckelnden Schulzimmern, die so dringend notwendige Renovierung der alten Schulgebäude wird zurückgestellt. Die Turnhallen werden nicht modernisiert, die fürchterlichen Klosettverhältnisse bleiben weiter bestehen, Waschgelegenheiten und Brausebäder werden nicht geschaffen. In den neu entstandenen Siedlungen der Außenbezirke herrscht Not an Schulen; die schon beschlossenen Schulneubauten werden wieder gestrichen, die Kinder sollen zu 50 und 60 in eine Klasse gesteckt werden.

Im städtischen Gesundheitswesen soll hauptsächlich gespart werden. Hier sind die Leistungen zum größten Teil freiwillige, nicht gesetzlich fundierte. Hier ist der Punkt des geringsten Widerstandes, also wird hier der Hauptstoß geführt.

In der Wochenfürsorge werden die städtischen Leistungen bis zur Grenze des gesetzlichen Muß der Versicherungsträger zurückgeschraubt. Nur noch städtische Entbindungsheime dürfen belegt werden, und die nur bei dringendsten sozialen und medizinischen Gründen.

Die Säuglingsfürsorge bleibt bestehen. Aber die Milchaktion wird eingeschränkt. Es soll nur noch ein viertel Liter für Kinder bis zu zwei Jahren verabfolgt werden, unabhängig von der Größe der Familie und den wirtschaftlichen Verhältnissen.

Die Schulfürsorge bleibt bestehen. Aber die Erholungs- und die Kurverschickung wird um mindestens die Hälfte reduziert, obwohl die Verschickung im rechten Moment eine der wichtigsten vorbeugenden Maßnahmen in der Gesundheitsfürsorge darstellt.

Die Schulzahnpflege bleibt bestehen. Nur werden in manchen Bezirken die laufenden Mittel für die Zahnbehandlung gestrichen. Die öffentliche zahnärztliche Fürsorge wird bedeutend eingeschränkt. Zahnersatz gibt es nur dort, wo Aussicht auf Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit besteht, also für alte Leute so gut wie nicht.

Tuberkulosefürsorge bleibt erhalten. Aber Verschickungen werden erschwert.

Geschlechtskrankenfürsorge bleibt erhalten. Aber die Kosten für Behandlung werden verkürzt.

In der Psychopathen- und Trinkerfürsorge werden alle Verschickungen eingestellt.

Der Etat für hygienische Volksaufklärung wird auf ein Drittel zurückgeschraubt.

Von allen Neueinrichtungen in der Gesundheitsfürsorge wird abgesehen.

In den Krankenhäusern dürfen die Sätze für Verpflegungsgeld nicht erhöht werden, obwohl die Lebensmittelpreise dauernd steigen. Das bedeutet: Verschlechterung der Krankenkost!

Die Badeanstalten werden Sonntags geschlossen, die Eintrittspreise erhöht, die Ermäßigung für Vereine wird aufgehoben.

Der Ausbau der Hauspflege wird sistiert. Folge: Steigerung der Bettennot in den Berliner Krankenhäusern.

Die Fürsorgeeinrichtungen bleiben sämtlich bestehen. Nur die Fürsorge hat ein Ende.

Je nach der politischen Zusammensetzung der einzelnen Bezirksämter werden die zentralen Verfügungen mit Sträuben durchgeführt oder auch noch übertrumpft. In reaktionären Bezirken werden Fürsorgeeinrichtungen geschlossen, die überhaupt nichts kosten, weil die Aerzte dort ehrenamtlich arbeiten. Eine Demonstration. Man will zeigen, wie man spart. Da dürfen von Tuberkulosen Röntgenaufnahmen nur gemacht werden bei Gegenzeichnung des Bürgermeister. Man versetzt der verhaßten Fürsorge den entscheidenden Schlag, man erzieht die Bevölkerung wieder zur „Selbstverantwortlichkeit für ihre Gesundheit"!

Die Selbstverwaltung hat aufgehört. Die Stadtverordnetenversammlung hat sich selbst ausgeschaltet. Die rote Mehrheit kommt nicht zur Auswirkung. Herr Schacht reibt sich die Hände; er und sein Parteigenosse Scholtz von der Deutschen Volkspartei sind Sieger. Großkapital und Schwerindustrie haben keine kleine Schlacht gewonnen: das Rote Berlin wird niedergezwungen.

M. Fl.

Der „Verein Sozialistischer Aerzte" zu den Sparmaßnahmen der Stadt Berlin.

Der V.S.Ae. verkennt nicht die Schwierigkeiten, die der Stadtgemeinde Berlin, insbesondere durch Sperrung der Auslandskredite, für die Etatgebahrung entstanden sind. Er anerkennt auch die Notwendigkeit, auf verschiedenen Gebieten der Verwaltung Etatkürzungen vorzunehmen. Die Möglichkeit jedoch, auf dem Gebiete des Gesundheitswesens Ersparnisse zu erzielen, kann nur auf dem Rücken der sozial und gesundheitlich bedürftigsten Schichten der Berliner Bevölkerung durchgeführt werden.

Jede Einschränkung der Schwangeren-, Säuglings-, Kleinkinder-, Schulkinderfürsorge, jede Verminderung der Erholungs- und Kurfürsorge, jede Einengung der Ernährungsfürsorge für Kranke, insbesondere für Tuberkulöse, für Schulkinder und Erwerbslose, jede Unterlassung auf dem Gebiete der Krebs- und Rheumabekämpfung, der Trinker- und Süchtlingsfürsorge, der Eheberatung, der sportärztlichen Tätigkeit usw. kann sich nur scheinbar als eine Sparmaßnahme für den laufenden Etat auswirken. Unterlassungen der Gesundheitsfürsorge in einer Zeit besonderer sozialer Not und Arbeitskrisen, einer Zeit der radikalsten und spitzfindigsten Arbeitsmethoden, müssen sehr bald durch die Vernachlässigung von Augenblicks-

erfordernissen sich doppelt schädlich auswirken. Sie beschleunigen den Zerstörungsprozeß an der Gesundheit des arbeitenden Volkes, sie führen in naher Zukunft zu verzehnfachten Ausgaben in der Wohlfahrtsfürsorge, die als unproduktiv anzusehen sind. Gesundheitsfürsorge wirkt stets produktiv.

Geradezu unverständlich sind deshalb die jetzigen kleinlichen Methoden, bei Bewilligung von Heilkuren, Zahnersatz, Brillen und Bädern den Begriff der produktiven Fürsorge in den Vordergrund zu schieben. Hat der arbeitsunfähige Mensch nicht das Recht weiterzuleben oder sollen die gesunden Mitmenschen nicht durch Heilstättenverschickung und Absonderung der invaliden Tuberkulosen vor Ansteckung bewahrt werden?

Der V.S.Ae. hält es auch für seine ernste Pflicht, auf die Gefahren hinzuweisen, die durch die Stockung der Bautätigkeit auf dem Gebiete des Krankenhauswesens für die arbeitende Bevölkerung entstehen müssen. Er sieht in der indirekten Förderung konfessionell eingestellter Privatkrankenhäuser mit ihrem undemokratischen Dreiklassensystem keine Abstellung des Krankenhaus- und Krankenbettenmangels. Abzulehnen ist auch die Einstellung der Hauskrankenpflege, die bereits bewiesen hat, daß sie dem immer fühlbarer werdenden Bettenmangel in den Krankenhäusern einigermaßen entgegenzuwirken sucht.

Zur Wohnungsnot.

Von M. Epstein-München.

(Nach dem Vortrag auf der Chemnitzer Tagung des V.S.Ae.)

Elend des Proletariats und Wohnungsnot sind fast identische Begriffe. Wer aber weiß besser in dieses Problem hineinzuleuchten als der Arzt, der täglich in die Stätten kommt, in denen Krankheit und Hunger herrschen.

In Wort und Bild, in Rede und Schrift ist dieses Thema abgehandelt worden, fragen wir aber nach dem Erfolg, so müssen wir beschämt gestehen, daß eine wesentliche ins Gewicht fallende Besserung nicht erzielt worden ist.

Im Gegenteil muß in weiten Schichten das Vorhandensein einer gewissen Abgestumpftheit, einer gewissen Resignation konstatiert werden, die der Aussichtslosigkeit ausgiebiger Hilfe entspringt.

Deswegen erwächst gerade den sozialistischen Aerzten die Pflicht, in dem Anrufen der öffentlichen Meinung nicht zu erlahmen und das Gewissen der Gesellschaft zu wecken. Kriegsfolgen sagt man, Inflationsfolgen, Mangel an Baukapital, die bessere Verzinsung, die sich das Privatkapital zu verschaffen weiß, als mit Bau von Wohnungen, besonders von Kleinwohnungen. Dies ist eben der Fluch der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung, daß auch gemeinnützige Fragen, sozialhygienische Aufgaben von weittragender Bedeutung vom Standpunkte privatwirtschaftlicher Interessen aus beurteilt werden. Es ist ja auch nur zum Teil richtig, daß der Krieg die Wohnungsnot geschaffen hat. Der hohe Grad des bestehenden Wohnungselends wäre nicht erreicht worden, wenn nicht schon

vor dem Kriege eine Wohnungsnot bestanden hätte, gewiß nicht für die Wohlhabenden, die Reichen, wohl aber für die arbeitende Bevölkerung, das Proletariat.

Auch nach dem 70er Kriege kam es im Jahre 1873 infolge ungenügender Fürsorge für die Aermsten zu den in der Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung von Eduard Bernstein geschilderten sogen. Blumenstraßenkravallen zwischen den Wohnungslosen und der Polizei, die damals ganz spontan ausgebrochen waren und deren Anstiftung die damalige noch junge sozialdemokratische Partei zu Unrecht beschuldigt wurde.

Auch im Jahre 1893 konnte Adolf Braun in einer Denkschrift der vom Genossen Zadek ins Leben gerufenen Berliner Arbeitersanitätskommission furchtbare Schilderungen der Berliner Wonungsnot geben.

Mir, der ich aus München komme, liegt es nahe, von den Münchener Verhältnissen anzugeben, die ich zu studieren Gelegenheit hatte.

Der Vergleich mit den Ergebnissen der letzten Reichsstatistik wird Ihnen zeigen, daß für die Groß- und Mittelstädte in ganz Deutschland dieselben erschreckenden Zahlen ermittelt worden sind. Im allgemeinen kann man sagen, je größer die Stadt, je größer die Industrialisierung, je größer die Ansammlung der Menschen in einem Orte, desto trostloser die Wohnungsverhältnisse.

Es ist eine jedem Arzte geläufige Erscheinung, daß Blutarmut und Bleichsucht, Entwicklungsstörungen und Wachstumshemmungen, daß die Rachitis der Kinder außer durch Unterernährung durch luft- und lichtlose, dumpfe und feuchte Wohnungen aufs schädlichste beeinflußt werden. Die überfüllten Wohnungen sind die Herde für die Verbreitung der Infektionskrankheiten, vor allem der Tuberkulose und auch der Geschlechtskrankheiten, von den sittlichen, psychischen und sozialen Schäden ganz zu schweigen.

Arbeitslosigkeit, Hunger und Kälte in der Winterzeit vervollständigen das Bild. Verbrechen und der geöffnete Gashahn sind die Zeugen der Verzweiflung und schwindender Lebensfreude.

Ich bin kein Freund von Uebertreibungen und will Zahlen sprechen lassen.

Im Jahre 1921 wurden in München mit Hilfe des Bezirksverbandes für Säuglingsfürsorge, der Ortskrankenkasse und des Wohnungsnachweises für städtische Notwohnungen 1623 Fragebogen abgegeben, die über 7852 Personen Auskunft gaben. Wir konnten feststellen, daß auf eine Wohnung 4, 8—5, 3 Personen entfielen, während die Münchener Wohnungsstatistik des Jahres 1907 für den stark bevölkerten Osten Münchens die auch für die damaligen Verhältnisse schon sehr hohe Belegzahl von 3,7 Personen angab. Die Dichtigkeit der Bewohnung ist das

charakteristische Zeichen der Wohnungsnot. Sie wird noch deutlicher erkennbar, wenn wir die Belegzahl der Einzimmer- resp. der Einraum-Wohnungen bekannt geben. Wir fanden bei den Einzimmer-Wohnungen eine durchschnittliche Belegzahl von 4,4, bei den Einraum-Wohnungen von 4 Personen, während im Jahre 1907 nur 1,8 auf den Raum in dem Osten Münchens gezählt wurde, wobei damals, also in Friedenszeiten, für den dritten Teil der Bewohner des Ostens angenommen werden mußte, daß sie in überfüllten Wohnungen lebten, wenn man 15 cbm Luftraum für die Person als Maßstab annahm. Wir sind in unseren Ansprüchen bescheidener geworden. Wenn man das Doppelte der Belegzahl gegenüber der Friedenszeit erst als Ueberfüllung ansieht, dann blieben uns noch immer 407 Wohnungen, also ein Viertel der untersuchten, die auch den minimalsten hygienischen Anforderungen nicht genügten.

Dabei konnten wir feststellen, daß sich in 900 Haushaltungen 165 Tuberkulöse aufhielten, so daß 1387 Personen, d. i. 28 Prozent der Inwohner der Ansteckung mit Tuberkulose ausgesetzt waren.

67 Tuberkulöse teilten den Schlafraum mit anderen Schlafgenossen, nur ein einziger hatte einen Schlasraum für sich allein, 11 teilten ihn mit einer, 11 mit 2, 14 mit 4, 6 mit 4, 11 mit 5, 3 mit 7, 3 mit 8, 1 mit 10 und einer mit 12 Personen. Kommentar überflüssig.

Von unseren 165 Tuberkulösen hatten 59 kein eigenes Bett.

Wer Gelegenheit hatte, diese Wohnungen zu besuchen, kann nur mit Schrecken daran denken, daß in diesen mit Wasserdampf gesättigten, mit den Ausdünstungen der Menschen erfüllten, meist dunklen und oft beim besten Willen nicht sauber zu haltenden Räumen Menschen atmen, Frauen gebären, Väter von der Arbeit rasten und Kinder heranwachsen sollen.

Im Jahre 1926 hat nun der Bezirksverband für Säuglingsfürsorge die Enquete in kleinerem Maßstabe wiederholt. Ich konnte sie bearbeiten und feststellen, daß in gleicher Weise wie 1921 ca. 5 Personen auf die Wohnung trafen und wie damals so auch jetzt in Einzelfällen 11 Personen in einem Raum angetroffen wurden. Erneut konnte festgestellt werden, daß Tuberkulöse mit mehreren Familienmitgliedern das Zimmer teilten, in vielen Fällen nicht nur das Zimmer, sondern auch das Bett.

Inzwischen waren auch die amtlichen Erhebungen des Jahres 1925 erschienen, die sich auf 24 Großstädte bezogen. Sie vermieden die Fehlerquellen der kleinen Zahl und bezogen sich auf alle Wohnungen, also auch die großen und mittleren der Wohlhabenden im Gegensatz zu unserenErhebungen, bei denen meist nur ein- und zweiräumige Wohnungen in Betracht kamen. Sie ergaben 3,76 Personen auf die Wohnung gegen 3,9 im Jahre 1910. Also eine wenn auch kleine Verminderung der Ueber-

füllung, so jubelten die Hygieniker und Beschwichtigungshofräte aus dem bürgerlichen Lager. Es entging ihnen, daß der Altersaufbau sich infolge der Geburtenverminderung zugunsten der Erwachsenen verschoben hatte, daß die Abnahme der Bevölkerung unter 10 Jahren in den Städten 30 % betrug, die Belegung der Wohnungen mit Erwachsenen aber ohne weiteres eine Verschlechterung der Wohnweise bedeutete.

Es kann kein Rede davon sein, daß die Wohnungsdichte sich von der Friedenszeit nicht mehr unterscheidet, hat doch die Zahl der Wohnungen sich seit 1910 nur um 22 % vermehrt, während die Zahl der Haushaltungen um 33 % zugenommen hat.

Die Erhebungen von 1925 haben gezeigt, daß, wenn man einen Raum, d. i. ein Zimmer ohne Küche oder Kammer, als überfüllt bezeichnet, das mehr als zwei Personen beherbergt, alsdann 6 % aller Wohnungen in Deutschland als überfüllt anzusehen sind.

Vielleicht könnte man einwenden, daß wir hier mit alten Zahlen operieren. Wie steht es aber mit den neuesten Erhebungen aus dem Jahre 1927, die sich auf alle Orte mit über 5000 Einwohnern erstreckten und Auskunft gaben über 1176 Gemeinden mit 33,5 Millionen Personen. Ich will mich ganz kurz fassen und nur feststellen, daß nach den dem Reichstage vorliegenden Reichsrichtlinien des Arbeitsministeriums rund 75 000 Wohnungen fehlen. Von den gezählten 33,5 Millionen haben 790 000 Haushaltungen keine selbständige Wohnung. Nimmt man die Großstädte mit 100 000 Einwohner und mehr, dann sind in ihnen allein 481 000 Haushaltungen ohne eigene Wohnung, oder anders ausgedrückt, auf 100 bewohnte Wohnungen kommen 10,6 Haushaltungen und Familien ohne eigene Wohnung. Von den 790 000 Haushaltungen ohne eigene Wohnung bestehen 370 000 aus drei und mehr Köpfen, es sind demnach etwa 2 Millionen Personen auf fremde Wohnungen angewiesen und dies, trotzdem in den Jahren 27 und 28 280 000 resp. 300 000 Neubauwohnungen erstellt worden sind, wovon etwa 40 % von öffentlichen Behörden und Körperschaften sowie gemeinnützigen Baugesellschaften gebaut waren.

Die Zahl der Kleinwohnungen, auf die das Proletariat angewiesen ist, beträgt im Durchschnitt 48,8 % der bewohnten Wohnungen, sie ist größer in den Großstädten und Industriezentren und beträgt z. B. in Oberschlesien 76,2, in Berlin 69,4 %.

Während in London in einem Hause 8 Menschen wohnen, so in Berlin 78. Diese wenigen Zahlen mögen genügen, um Ihnen zu zeigen, daß die Verhältnisse sich nur wenig geändert haben.

Die sozialhygienisch so außerordentlich bedenklichen Zustände, wie ich sie aus München gemeldet habe, daß viele Tuberkulose sich ohne eigene Wohnung, ohne eigenn Schlafraum, in zahlreichen Fällen ohne eigenes Bett behelfen müssen, finden wir in den Berichten aus anderen Städten, so in den Erhebun-

gen, die von dem verstorbenen Albert Kohn für die allgemeine O.K.K. Berlins veröffentlicht worden sind.

Auch die Untersuchungen von Kayserling zeigen, daß von den in Berliner Wohnungen gestorbenen Lungenschwindsüchtigen 41 % in Einzelwohnungen, 41 % in Zweizimmerwohnungen, 11 % in Drei- und 6,4 % in Vier- und Mehrzimmerwohnungen wohnten.

Trotz diesr eindringlichen Sprache nackter Zahlen ist die ganze Tragik des bestehenden Wohnungselends nicht in alle Kreise gedrungen. So warnte in der Reichstagssitzung vom 5. Dezember 1929 der Abgeordnete der Deutschen Volkspartei, Winnefeld vor Uebertreibungen in der Darstellung der Wohnungsnot und forderte das Verschwinden der Zwangswirtschaft. Gewiß ist es mit der Zwangswirtschaft allein nicht getan, es muß noch immer mehr gebaut werden als in den letzten Jahren, in denen nicht zuletzt dank der Tätigkeit der sozialistischen Parteien in den Kommunen ein bedeutungsvoller Anfang gemacht worden ist. Die Heranziehung der Hauszinssteuer ausschließlich zum Wohnungsbau muß unter allen Umständen durchgesetzt werden. Gegen den Standpunkt des Reichsbankpräsidenten Schacht, daß Auslandsanleihen für den Wohnungsbau als nicht zu produktiven Zwecken angewandt abzulehnen seien, muß energisch protestiert werden. Solange Geld für Luxusbauten, Kinos und andere nicht lebensnotwendige Dinge vorhanden ist, muß auch Geld für die Not der Aermsten, der Heimatlosen, der Wohnungslosen bereitgestellt werden.

Gesundheitspolitische Forderungen für Mutter und Kind.

Von Lotte Landé-Frankfurt.

(Nach einem Referat auf der Reichstagung des V.S.Ae. in Chemnitz.)

In der Weimarer Verfassung vom Jahre 1919 ist jedem deutschen Kind, ob ehelich oder unehelich, das Recht auf eine gesunde körperliche, geistige und moralische Entwicklung zugesichert. Wenn wir uns aber heute, nach 10 Jahren, mit offenen Augen umschauen, so sehen wir, daß jene schönen Versprechungen noch keineswegs verwirklicht sind. In der fürsorgeärztlichen Tätigkeit begegnet man noch häufig Kindern, die ganz unzureichend ernährt und gekleidet sind. Man findet unter den vielen Tausend Wohnungssuchenden das furchtbarste Wohnungselend, Familien mit 4 Kindern und darüber in einem einzigen Raume zusammengepfercht, Kinder und Jugendliche zu zweit und dritt in einem Bett mit Gleichaltrigen oder Erwachsenen des gleichen oder auch des anderen Geschlechts,

wodurch sie nicht nur körperlich und seelisch, sondern auch moralisch aufs schwerste gefährdet sind. Man sieht, wie häufig uneheliche Kinder, besonders wenn sie häßlich, kränklich oder unbegabt sind, lieblos aus einer Pflegestelle in die andere gestoßen werden; oder wie man aus reinen Ersparnisgründen ein solches armes Wesen von einer guten und liebevollen Pflegemutter fortreißt, die es jahrelang wie ihr eigenes Kind gepflegt hat, um es zu fremden Bauern aufs Land zu geben, die nur seine Arbeitskraft ausnutzen wollen.

Ungeachtet allen Jammerns über den Rückgang der Geburten wird noch viel zu wenig für den Schutz der Schwangeren und Wöchnerinnen getan, der bei der Haus- und Landarbeit überhaupt noch nicht gesetzlich verbürgt ist. Ebenso läßt man die kinderreichen Familien in ihrer bei den heutigen niedrigen Löhnen und Unterstützungssätzen oft großen Not verkommen. Es ist kaum zu hoffen, daß die kürzlich vom Ministerium für Volkswohlfahrt beim zwölften lebenden Kind zugesicherte Ehrentasse aus echtem Porzellan wesentlich zur Linderung dieser Mißstände beitragen wird.

Im Gegensatz zu solchen Scheinmaßnahmen stellen wir sozialistischen Aerzte die folgenden Forderungen zum Schutz von Mutter und Kind:

I. Gesundheitliche Forderungen zum Schutz der Frauen und Mütter.

A. Allgemeiner Schutz der Frauenarbeit.

Weiterer Ausbau der bereits bestehenden Schutzgesetze mit Ausdehnung insbesondere auf Landarbeit und Heimarbeit; dabei aber gleiche Bezahlung für gleiche Leistung wie der Mann. Verhütung gewerblicher Arbeit bei kinderreichen Müttern durch staatliche Kinderzuschläge. Bezahlter Urlaub von wenigstens 3 Wochen in dazu bereitgestellten Erholungsheimen. Ausbau der Gewerbeaufsicht unter besonderer Berücksichtigung weiblicher Inspektoren und Gewerbeärzte.

B. Besonderer Schutz der Schwangeren und Wöchnerinnen.

Einführung einer reichsgesetzlichen Schwangerenfürsorge, die zugleich das sicherste Mittel zur Bekämpfung der Syphilis unter den Frauen und zur Verhütung ihrer erblichen Uebertragung auf die Kinder sein könnte. Schaffung eines Reichshebammengesetzes, das die Ausbildung, amtliche Anstellung und planmäßige Verteilung der Hebammen über Stadt und Land regelt. Sorge für genügende Entbindungsanstalten, Wöchnerinnen- und Mütterheime. Ausbau der Mütterfürsorge und Versicherung: Arbeitsbefreiung bei vollem Lohn für insgesamt 12 Wochen; Verlängerung des Stillgeldes bis 6 Monate; allgemeine Erhöhung der Leistungen, die jetzt nach dem früheren Lohn gestaffelt sind, so daß gerade die ärmeren, schlecht verdienenden Frauen und die Nichtversicherten am wenigsten erhalten.

II. Gesundheitliche Forderungen zum Schutz der Kinder und Jugendlichen.

A. Allgemeine gesundheitliche Forderungen.

Ausbau der allgemeinen offenen, vorbeugenden Säuglings-, Kleinkinder-, Schulkinder- und Schulentlassenenfürsorge durch kostenlose ärztliche

Reihenuntersuchungen und Beratungen mit Schaffung ausreichender Erholungsmöglichkeiten. Schaffung genügender Krippen, Kindergärten, Horte und Heime. Ausbau der noch unzureichenden Sonderfürsorge für seelisch abnorme, verkrüppelte und tuberkulöse Kinder. Ausbau des gesetzlichen Schutzes der Arbeit von Kindern und Jugendlichen. Weitergehendes Verbot der Kinderarbeit, besonders auf dem Lande, sowie für Heimarbeit und in Kleinbetrieben. Verkürzte Arbeitszeit für Jugendliche. Drei- bis vierwöchiger Urlaub auch für Lehrlinge. Hinausschieben des Eintritts ins Berufsleben vom 14. Jahr in das 16. Jahr, da die Pubertät die Zeit der größten körperlichen und seelischen Empfindlichkeit und Gefährdung darstellt.

B. Besondere Forderungen für uneheliche, verwaiste und verlassene Kinder.

Hebung der rechtlichen Stellung, die wesentlich dazu beitragen wird, die Betreffenden vom gesundheitlichen und seelischen Standpunkt aus besser zu versorgen. Grundlegende Reform des Pflegestellenwesens. Bessere Bezahlung und strengere Auswahl der Pflegefrauen nach ihrer pflegerischen und erzieherischen Eignung. Begünstigung solcher Pflegestellen, die Mutter und Kind gemeinsam aufnehmen. Schaffung örtlich unabhängiger Vertrauensleute für die Landpflegestellen, um die heute noch häufige körperliche Ausnutzung und seelische Mißhandlung zu beseitigen.

Vielleicht mag das eben dargelegte Programm manchem zu bescheiden, zu wenig revolutionär vorkommen. Dazu möchte ich bemerken, daß ich es absichtlich vermieden habe, solche Forderungen aufzustellen, die erst im sozialistischen Zukunftsstaat auf Verwirklichung hoffen dürfen. Ich habe mich bewußt auf ein „Sofortprogramm" beschränkt, d. h. auf Vorschläge, die bereits heute in die Tat umgesetzt werden könnten.

Was hindert denn noch die Durchführung dieser für jeden Sozialisten und jeden Arzt eigentlich selbstverständlichen Forderungen? Wenn wir die Zeitungen aufmerksam lesen, so merken wir, daß gerade die sogenannten „nationalen" Parteien, die am lautesten gegen den Geburtenrückgang wettern und sich mit dem Munde für die körperliche und moralische Ertüchtigung unserer Jugend einsetzen, im entscheidenden Augenblick die Mittel für die uns wichtig erscheinenden Reformen verweigern, während sie für Heer, Marine und Polizei, oder für die notleidende Industrie und die rückständigen Agrarier stets den Staatssäckel offen haben. Solange noch große Massen der Arbeiterschaft sich durch die Phrasen dieser ihnen im Grunde feindlichen Parteien betören lassen, und solange die verschiedenen sozialistischen Richtungen sich untereinander bekämpfen, statt vor allem das große gemeinsame Ziel im Auge zu halten, werden wir nur langsam vorwärts schreiten. Sobald aber alle besitzlosen Hand- und Kopfarbeiter sich geschlossen hinter die sozialistischen Parteien stellen, werden sie im gemeinsamen Kampf mit den sozialistischen Aerzten das oben entworfene „Sofortprogramm" und noch manches darüber hinaus durchsetzen, zum Wohle unserer Mütter und Kinder, zum Wohle der leidenden Volksmassen.

Zu den gesundheitspolitischen Forderungen des V. S. Ae.

In der ärztlichen Presse wird das im letzten Heft des „Soz. Arzt" veröffentlichte Gesundheitsprogramm des V.S.Ae. bereits sehr lebhaft diskutiert. Es ist uns natürlich sehr erwünscht, daß auch unsere Mitglieder und Freunde dazu Stellung nehmen, weil das endgültige Programm eine Kollektivarbeit unserer Genossen sein soll. Wir bringen nachstehend eine Zuschrift des Gen. Loewenstein und einige kritische Bemerkungen des Gen. Güterbock zum Abdruck.

Die Red.

Berlin, den 17. Februar 1930.

Sehr geehrte Schriftleitung!

Aus den „Aerztlichen Mitteilungen", die mir von befreundeter Seite heute zugesandt wurden, ersehe ich, daß sich die Redaktion des Organs des Hartmann-Bundes in erfreulicher, deutlicher, wenn auch unsachlicher Weise mit der Gesundheitspolitik der sozialistischen Aerzte beschäftigt.

Der von Haedenkamp entwickelte Standpunkt ist verständlich. Er vertritt eine Richtung, die eine andere Auffassung der Dinge nicht zuläßt. Es wird erforderlich sein, die Irrtümer dieser Richtung, und das dürfte die Richtung der Mehrzahl der heute im Wirtschaftsleben stehenden Aerzte sein, eingehend und begründend zu berichtigen. Ich glaube nicht, daß dies im Rahmen der Aerztlichen Mitteilungen möglich sein wird.

Abzuweisen ist der Versuch, die aufgestellten Formulierungen als Gesundheitspolitik der sozialistischen Aerzte zu bezeichnen, da diese Formulierungen Grundsätze darstellen, die der Gesundheitspolitik des Sozialismus entsprechen. Wer über diese Formulierung wirklich sachlich diskutieren will, muß sich zunächst einmal im Original und nicht schlagwortmäßig mit dem wissenschaftlichen Sozialismus, den Grundideen eines Marx, Engels, Lassalle, Bebel usw. beschäftigen.

Wenn aber ein Sozialdemokrat Feuerstein eine Stellungnahme einnimmt, die nichts mit Sozialismus zu tun hat, so ist das vom Standpunkt einer sozialistischen Partei außerordentlich bedauerlich und ein Zeichen dafür, daß wahrscheinlich der Gen. F. trotz seiner betonten langjährigen Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei die Verhandlungen der sozialdemokratischen Parteitage nicht verfolgt hat oder vergessen hat. Was in dem Programm-Entwurf niedergeschrieben ist, ist z. B. mit wenigen, aber nicht grundsätzlichen Unterschiedlichkeiten in den Vorverhandlungen zum Erfurter Parteitag niedergelegt. Dort mag er es nachlesen, um zu wissen, welchen Bärendienst er den lachenden Dritten erwiesen hat. Sein Vor-

gehen ist weder in der freigewerkschaftlichen Bewegung üblich, noch unter den Genossen einer Partei und einer Richtung bisher möglich gewesen. Wenn er es aus gewissen Hemmungen nicht für richtig gehalten hat, den persönichen schriftlichen Weg zu gehen, hätte es ihm freigestanden, über die Parteiinstanzen in eine sachliche Klärung einzutreten. Soviel für heute.

Hoffentlich bringen die nächsten Wochen auch weiterhin derartige erfreuliche Demaskierungen der anderen Seite, die den Ausdruck „Pflege der Volksgesundheit" gepachtet hat. Sie benutzt ihn in einer Weise, die für die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung unverständlich sein muß und bedauerlicherweise die Kluft zwischen Arzt und Bevölkerung vertieft.

Georg Loewenstein.

Teilweise bedeutet dieses Programm einen Rückschritt. So habe ich im Januar 1924 einen Vortrag in der Berliner Med. Ges. gehalten, in dem ich unter sehr eingehender Begründung nachwies, daß die Tuberkulosebekämpfung niemals zum Ziele führen könnte, solange sie Sache der Reichsversicherungsträger sei. Die Tuberkulosebekämpfung sei Staatssache. Ich konnte schon damals darauf hinweisen, daß die Erfolge in England zum großen Teil darauf beruhten, daß die Tuberkulosebekämpfung von den Versicherungsträgern weggenommen worden ist und auch die Kosten vom Staat übernommen worden sind. Ich habe damals nicht nur im sozialistischen Aerzteverein mit dieser Auffassung Zustimmung erhalten, sondern auch bei allen denjenigen Tuberkuloseärzten, die in unabhängigen Stellen sich befinden. Ich habe den Grundsatz aufgestellt, daß dem Tuberkulosekranken mit offener Tbc. nicht nur ein Bett, sondern auch ein Zimmer allein zukommt. An Hand der Statistik konnte ich nachweisen, daß diese Forderung unter den heutigen Verhältnissen pekuniär leicht durchführbar ist, die Wohnungsnot, was Tuberkulose anbelangt, mit Leichtigkeit nach jeder Richtung behoben werden könnte. Es ist erstaunlich, daß die vom V.S.Ae. eingesetzte Programmkommission diese hier kurz angeführten Gesichtspunkte nicht berücksichtigt hat. Zur näheren Orientierung verweise ich auf meine früher zu dieser Frage veröffentlichten Aufsätze:

Zeitschrift für Hygiene und Infektionskrankheiten, 104, Heft 1/2: Die Grundlagen einer planmäßigen Tuberkulosebekämpfung in Deutschland.
Brauers Beitr., 61, Heft 5: Wie muß die Tuberkulosebekämpfung in Deutschland aussehen.
Deutsche Zeitschrift für Wohlfahrtspflege, 1925, Nr. 3: Die in der Tuberkulosebekämpfung notwendige Umstellung.
Zeitschrift für Tuberkulose, Bd. 40, Heft 2: Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Tuberkulose in England.

Rob. Güterbock.

Steigende Krankenziffern als Folgen der Rationalisierung.

Von Ernst Cohn-Dresden.*)

Die Krankenziffern sind in Deutschland in den letzten Jahren ganz erheblich gestiegen. Sie geben der bürgerlichen Presse insbesondere willkommene Gelegenheit, kategorisch den vollkommenen Abbau der Krankenversorgung zu fordern, denn Umfang und Charakter derselben nähmen der Arbeiterschaft (und insbesondere den Erwerbslosen) jegliches Verantwortungsgefühl der „Allgemeinheit" gegenüber.

Bei dem allgemein reaktionären Kurs besonders auf sozialpolitischem Gebiet kann es nicht wunder nehmen, daß die Krankenversorgung als eines der wichtigsten Glieder der Sozialversicherung konzentrisch unter Feuer genommen wird. Hugenberg hat auch in diesem Kampfe die Führung übernommen. Das in seinem Auftrage von Hartz geschriebene Buch über „Irrwege der deutschen Sozialpolitik" stellt am konsequentesten die Forderungen der Trustbourgeoisie auf.

Sind nun wirklich, wie behauptet wird, die Kassen der Versicherungsträger leer und beruht die außerordentliche Zunahme der Krankenfälle tatsächlich auf „Arbeitsunlust" oder ist sie zu erklären aus den Bemühungen abgehärmter Proleten, ihre Einkünfte um ein Geringes zu erhöhen?

Wir wollen in diesem Artikel lediglich den zweiten Teil der Fragen behandeln und müssen uns auch da auf das Notwendigste beschränken.

Nach den Berichten des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen entfielen im Jahre 1924 auf 100 Versicherte 43,2 durch Krankheit arbeitsunfähige Personen. Im Jahre 1927 war diese Zahl auf 53,6 Personen auf 100 Versicherte gestiegen. Sicherlich ist eine ganze Reihe von Faktoren für das Steigen der Krankenziffern verantwortlich zu machen, wie Verschlechterung der Ernährungslage durch starkes Anziehen der Lebensmittelpreise, verschärftes Wohnungselend, stärkere Auswirkung großstädtischen Lebens usw. An erster Stelle steht jedoch zweifelsohne die Durchführung der kapitalistischen Rationalisierung. Das müssen selbst bürgerliche Aerzte zugeben. So schreibt Prof. Dr. med. Fetscher-Dresden in einem Artikel über „Neue Volkskrankheiten" in der „Deutschen Krankenkasse" Nr. 29, 1929:

„Sehr zu befürchten ist ferner, daß die sogenannte Rationalisierung der Betriebe zu einem nicht wieder gutzumachenden Verbrauch der Nervenkraft führt . . ."

*) Zu der wichtigen Frage der Rationalisierung, die überaus aktuell und in sozialhygienischer Beziehung von großer Bedeutung ist, bringen wir zunächst diesen Beitrag als Eröffnung der Diskussion. Die Red.

Für die Richtigkeit dieser Behauptung einige Beweise.

1. Metallindustrie.

Aus dem Geschäftsbericht einer der größten Betriebskrankenkassen in Dresden (Seidel und Naumann) geht hervor, daß in den Jahren der ersten Welle der Rationalisierung bei einer Steigerung der Belegschaftszahl um 21 % die Krankenfälle um 41 % und die Krankheitsdauer um etwa 39 % zunahmen! Und das trotz außerordentlich verschärften Kontrollsystems und Ausbau des Vertrauensmännerkörpers!

2. Textilindustrie.

Die Textilindustrie gehört zu jenen Industriegruppen, die am stärksten von der Rationalisierung betroffen wurden. Aus dem Jahrbuch 1928 des Textilarbeiterverbandes ergibt sich, daß bei nur geringer Zunahme der Mitgliederzahlen, der D.T.V. folgende Summen an Krankenunterstützung zahlen mußte:

1926	534 961 RM
1927	644 802 RM
1928	1 201 425 RM

Die Zahl der zu unterstützenden Mitglieder stieg in denselben Jahren von 49 150 Personen im Jahre 1926 auf 78 571 im Jahre 1928!

3. Reichsbahn A.G.

Seit Schaffung der Reichsbahn A.G herrscht Dorpmüller unumschränkt. Die unter seiner Kontrolle durchgeführte Rationalisierung hat in kürzester Zeit dazu geführt, daß der Krankenstand bei der Reichsbahn um 44 % höher ist als in den ebenfalls sehr stark belasteten Ortskrankenkassen. Auch hier sorgt ein sehr gut ausgebautes Kontroll- und Vertrauensärztesystem dafür, daß die kranken Eisenbahner nicht allzu lange krank „feiern". Dazu kommt noch, daß im Laufe der letzten Jahre alle älteren und kränklichen Leute bereits hinausgeworfen wurden. Die „Deutsche Krankenkasse" veröffentlicht eine Statistik der großen Reichseisenbahnbetriebskrankenkasse in Berlin. In der Zeit vom 1. 1. 1928 bis zum 2. 8. 1929 waren in den einzelnen Betriebszweigen durchschnittlich vorhanden:

	Kranke in Prozent:
1. Eisenbahnwerke	10,3
2. Betriebs- und Wagenwerke	6,7
3. Bahnmeistereien	5,3
4. Bahnhöfen	5,0
5. Stationskassen, Fahrkarten- u. Gepäckabfertigungen	4,4
6. Eilgut- und Güterabfertigungen	7,5
7. Haupt- und Nebenlagern und Sonstiges	4,6

Vorstehende Tabelle ist sehr aufschlußreich. Sie zeigt, wie die Steigerung der Arbeitsintensität, d. h. also die verschärfte Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft eine ganz enorme

Steigerung der Krankenziffern zur Folge hat. Das zeigt sich vor allen Dingen in den Gruppen 1, 2, 3 und 6, in welchen mit der Einführung des Gedingesystems die Ausbeutung ihren höchsten Grad erreicht hat. Daß der menschliche Körper eine solche Anspannung der Arbeitskraft nicht auf die Dauer aushält, sondern den unerhörten Anstrengungen erliegt, zeigt ganz deutlich der ungewöhnlich hohe Prozentsatz von Kranken in diesen Gruppen.

Das Wissen dieser Dinge ist für uns unermeßlich. Denn aus ihm müssen wir die Ueberzeugung schöpfen, daß für die Folgen dieser erhöhten Ausbeutung die Unternehmer voll verantwortlich zu machen sind! Es wird in den kommenden Wochen und Monaten nicht zuletzt die Aufgabe der auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes stehenden Aerzte sein, mit der gesamten Arbeiterschaft zusammen die gerade jetzt angekündigten Verschlechterungen der Krankenversorgung abzuwehren und darüber hinaus für eine wesentliche Verbesserung der Krankenversicherung sich einzusetzen. Unse Ziel muß sein: Den Opfern der Arbeit ausreichende Versorgung — auf Kosten der Kapitalisten!

Der Kampf um die Sozialversicherung in Frankreich.

Unsere französischen Kollegen und Genossen Nicollet und Hazemann haben im „Soz. Arzt" (II. Jahrg. Nr. 4 und V. Jahrg. Nr. 1) eingehend den seit Jahren bestehenden Kampf um die Einführung der Sozialversicherung in Frankreich geschildert. Bisher ist der Arbeiter oder Angestellte in diesem Lande, das sich seit dem Weltkriege in schnellem Tempo zu einem führenden Industriestaat entwickelt hat, sich selbst überlassen, wenn er durch Alter oder Krankheit arbeitsunfähig geworden ist. Im Jahre 1920 wurde zuerst ein Projekt über die Sozialversicherung ausgearbeitet, das in verschiedenen Kommissionen geprüft wurde, ohne daß man zum Ziele gelangte. Das Ministerium Poincaré brachte schließlich ein Gesetz ein, das nach seinem ersten Artikel „Arbeiter und Angestellte gegen die sozialen Gefahren der Krankheit, der Invalidität, des Alters, des Todes und der Arbeitslosigkeit schützen sollte." Poincaré bezeichnete das Gesetz in der Begründung als die Einlösung des feierlichen Versprechens, das der Staat der Arbeiterschaft während des Krieges gegeben habe. 1928 wurde das Gesetz im Parlament angenommen, allerdings mit der Einschränkung, daß es erst nach zwei Jahren Wartezeit (am 5. Februar 1930) in Kraft treten sollte.

Sobald im vorigen Jahre die Ausführungsbestimmungen veröffentlicht wurden, setzte der Kampf gegen die Sozialver-

sicherung mit aller Schärfe von seiten der Reaktion aller Schattierungen und der — Aerzteschaft ein. Die französischen Aerzte lehnen sogar die gesetzlich festgelegte freie Arztwahl und jede Kollektivregelung der Beziehungen zwischen Aerzten und Krankenkassen ab, sie fordern die unmittelbare Bezahlung der ärztlichen Leistung durch den Versicherten. In einer Generalversammlung ihres wirtschaftlichen Verbandes hat die französische Aerzteschaft, die alle Angriffe gegen die deutsche Sozialversicherung aufgreift, beschlossen, jede Mitarbeit an dem Krankenversicherungsgesetz zu verweigern.

Inzwischen ist die Sabotage der sozialen Reform weiter fortgeschritten. Statt das Gesetz, wie geplant, im Februar d. J. in Kraft treten zu lassen, geht die Kampagne gegen die Sozialversicherung weiter, obwohl man sich in Worten zu ihrer Durchführung bekennt. Diese Doppelzüngigkeit der Sozialreaktion wurde in diesen Tagen in der französischen Kammer von den sozialistischen Rednern betont. Sie zogen einen Vergleich zwischen den Mitteln, die der Staat für die Sozialversicherung übrig habe und den ungezählten Milliarden, die der Staat für die Rüstungen und Festungsbauten verschwende.

Der Ministerpräsident übernahm die formelle Verpflichtung, daß das Gesetz nunmehr bis zum 1. Juli d. J. in Kraft treten würde. Hoffentlich stehen dieser Absicht nicht neue Manöver hinter den Kulissen hindernd im Wege!

E. F.

Die Reichstagung in Chemnitz.

Die 3. Reichstagung wurde am Sonnabend, den 7. Dezember 1929, abends 8 Uhr, im großen, dicht gefüllten „Capitol" eröffnet. Einen außerordentlich wirkungsvollen Auftakt zu den Verhandlungen bildete eine öffentliche Versammlung, in der die sozialistischen Aerzte ihre enge Verbundenheit mit dem Proletariat bekundeten. Eine ganze Reihe Genossen sprachen von den verschiedensten Gesichtspunkten über die sozialistischen Forderungen zur Gesundheitspolitik in Reich, Staat und Gemeinde. Nachdem der Vorsitzende der Chemnitzer Ortsgruppe des V.S.Ae., Genosse Geis, die Delegierten und Gäste im Namen des Landesverbandes Sachsen begrüßt hatte, zeigte

Genosse Simmel-Berlin als erster Redner die widersinnige Rolle des Arztes in der heutigen Gesellschaft, in der er die Aufgabe hat, die Arbeiter immer wieder k. v. für die kapitalistische Produktion zu schreiben, ohne ihnen doch die wichtigsten Voraussetzungen der Gesundheit (Luft, Licht, Wohnung, Kleidung) geben zu können. Aus dieser Lage rettet nicht die soziale Hygiene und auch nicht allein die soziale Versicherung, sondern nur die Sozialisierung des Heilwesens, die die sozialistischen Aerzte gemeinsam mit der Arbeiterschaft erkämpfen wollen.

Genosse Klauber-Berlin behandelt die Gegenwartsforderungen an die Gemeinden. Sofern eine wirkliche kommunale Selbstverwaltung besteht, haben gerade die Gemeinden auf allen Gebieten des Gesundheits- und Fürsorgewesens weitgehende Wirkungsmöglichkeiten. Der Redner forderte, daß in allen Gemeinden mit Arbeitermehrheiten gerade den gesundheitspolitischen Forderungen im weitesten Maße Rechnung getragen werde.

Genosse Epstein-München behandelte die Fragen der Wohnungsnot, für die er erschütternde statistische Angaben vortrug. Die ungünstigen Wohnungen seien die Herde der meisten Krankheiten, und deshalb müßten gerade die sozialistischen Aerzte immer wieder ihre mahnende und fordernde Stimme zu den Fragen des Wohnungsbaues erheben.

Genosse Friedjung, Gemeinderat und Universitätslehrer in Wien, überbrachte die Grüße von über 1000 sozialistischen Aerzten Oesterreichs. Er gab seiner großen Freude darüber Ausdruck, daß in dieser Kundgebung Arbeiter und Aerzte Seite an Seite für die gleichen Ziele wirkten. Eingehend schilderte der Redner die Gesundheitspolitik im roten Wien, die sich das Ziel gesteckt hat, das Volk kampffähig zu machen im Ringen für die sozialistische Gesellschaft.

Genossin Lotte Landé, Stadtärztin in Frankfurt a. M., sprach über die Forderungen der sozialistischen Aerzte im Interesse der unehelichen Kinder und der kinderreichen Familien. Sie verlangte Ausbau der Schutzgebung für die arbeitenden Frauen, Vermehrung der weiblichen Gewerbeärzte, bessere Ausbildung und wirtschaftliche Sicherstellung für Hebammen, Erhöhung der Wochenbeihilfen, besondere Fürsorge für tuberkulöse, verkrüppelte und psychopathische Kinder, sowie schärferen gesetzlichen Schutz der Kinder- und Jugendarbeit. Alle diese Forderungen seien schon heute erfüllbar. Für die Zukunft müsse gerade von den sozialistischen Aerzten auch die Verlängerung der Schulzeit bis zum 16. Lebensjahre verlangt werden.

Als letzter Redner kritisierte Genosse Holitscher-Komotau, Mitglied des tschechoslowakischen Senates, die heutige Organisation der Heilpflege. Die Fortschritte der Wissenschaft sind gewaltig, aber sie kommen nicht den Proletariern in vollem Maße zugute. Von der Verwirklichung unserer Forderung „Jedem dieselbe ärztliche Versorgung", sind wir noch weit entfernt; das Ziel kann nicht von den sozialistischen Aerzten allein, sondern nur von der ganzen Arbeiterbewegung erreicht werden. Heute ist die Heilkunde zum Geschäft herabgewürdigt, und auch mit den Medikamenten wird ein unerhörter Wucher getrieben. Der Arzt muß in der sozialistischen Gesellschaft Beauftragter der Allgemeinheit werden, und die Gesellschaft muß für alle Kranken und auch für die Familie der Erkrankten sorgen. Nur ein gesundes Proletariat kann seinen Anspruch auf alle Güter dieser Welt erfolgreich durchsetzen.

Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung wurde die gut gelungene Kundgebung geschlossen.

Die eigentliche Tagung wurde am Sonntag, den 8. Dezember, morgens 9½ Uhr, im Volkshaus eröffnet. In die Leitung wurden gewählt: Glaser-Chemnitz, Simmel-Berlin, Fabian-Berlin, sowie die Vertreter der ausländischen Organisationen: Holitscher-Komotau, Friedjung-Wien und Popper-Prag.

An den durch Krankheit fern gehaltenen Mitbegründer des V.S.Ae., Gen. Zadek, werden telegraphisch die besten Wünsche für baldige Genesung übermittelt. An der Reichstagung nehmen 42 gewählte Delegierte teil, ferner zahlreiche Mitglieder der Ortsgruppen in Sachsen, Vertreter der Studentengruppe aus Leipzig, sowie etliche Mitglieder aus anderen

Städten: Berlin, Marienbad, Prag usw. Vor Eintritt in die Tagesordnung werden die zahlreich eingegangenen Begrüßungstelegramme und Schreiben verlesen. Es seien erwähnt:

Reichssektion Gesundheitswesen (Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter),

Verband Volksgesundheit Dresden, Landesausschuß Sachsen der Arso,

Allgemeine Ortskrankenkasse Chemnitz,

Bund der Vereine für Sexualhygiene,

die Gen. Gruschka-Aussig, Kahn-Karlsruhe, Stern-Mannheim u. a.

Die Tagesordnung wurde wie folgt festgesetzt:

1. Berichte der Ortsgruppen.
2. Statutenänderung. Ref.: Genossin Flake.
3. Vorstandswahl.
4. Soz. Aerzte-Internationale. Ref.: Gen. Fabian.
5. Gewerkschaftsfrage.
6. Programm-Entwurf. Ref.: Gen. Loewenstein.
7. Anträge.

Zur Geschäftsordnung wird von Cohn und Genossen beantragt, die Schäden der Rationalisierung, des Abbaus der Sozialfürsorge im Organisationsstatut einzufügen und diese Fragen sogleich zu behandeln. Die Gen. Glaser und Simmel weisen darauf hin, daß diese sehr wichtigen Fragen ständig im V.S.Ae. behandelt werden. Es sei nicht notwendig, erneut unsere gute Gesinnung zu demonstrieren, zumal zunächst heute wichtige Fragen zu erörtern seien, die unser gutes künftiges Arbeiten ermöglichen sollen. Außerdem ist Gelegenheit, diese Themen bei der Programmfrage zu behandeln. In diesem Sinne beschließt die Versammlung gegen wenige Stimmen.

Gen. Neufeld-Breslau berichtet, daß in Breslau seit drei Jahren eine Arbeitsgemeinschaft soz. Aerzte mit 20 Mitgliedern besteht, die am 11. November einstimmig beschlossen hat, sich dem V.S.Ae. anzuschließen. Eine intensivere Tätigkeit in der ganzen Provinz, wo bereits einige Einzelmitglieder vorhanden sind, ist für das nächste Jahr in Aussicht genommen.

Gen. Popitz, Landesverband Sachsen, schildert die Situation in Sachsen. Während die Ortsgruppen Chemnitz und Leipzig gute Erfolge aufzuweisen haben, ist die Lage in anderen Städten, vor allem in Dresden, nicht günstig. Man könne hoffen, die Schwierigkeiten, die zum Teil personeller Natur sind, zu beheben.

Gen. Soloweetschik-Leipzig: In Leipzig, dem Sitze des Hartmannbundes, betätigen wir uns besonders in der sozialistischen Aufklärungsarbeit. Im Laufe des letzten Winters haben wir in Leipzig und Umgegend 80 Vorträge gehalten, im letzten Monat wiederum 20. Besonders auf dem Gebiete der

Serualberatung waren wir tätig. Wir wollen die Genossen auf einen Film aufmerksam machen, der von uns sozialistischen Aerzten 40 mal vorgeführt wurde. Es ist der Film, der an der Berliner Charité hergestellt worden ist: „Die schwere Stunde der Frau", der den Ablauf einer normalen Geburt darstellt und der das Arbeiterpublikum lebhaft interessiert. — Eine weitere Arbeit entfalten wir in letzter Zeit auf dem wichtigen Gebiet der Unfall- und Rentenbegutachtung. Wir haben in vielen Fällen vor den Versicherungsämtern günstige Erfolge erzielt. Einmal im Monat kommen wir zu einer Sitzung zusammen. In der letzten Zeit haben wir auch wissenschaftliche Vorträge von einzelnen Kollegen halten lassen. In unserer Arbeit werden wir von einer zahlreichen Studentengruppe, die dem V.S.Ae. angegliedert ist, unterstützt.

Gen. Eskuchen-Zwickau: Wir haben auch den von der Zensur vorgeschriebenen Vortrag zum Film gehalten. Hundertmal haben wir den Film laufen lassen, als plötzlich der Aerztliche Bezirksverein den Beschluß faßte, daß es in Zukunft verboten sei, Filmvorträge ohne vorherige Genehmigung des Bezirksvereins zu halten. Da wir bisher noch keine offizielle Mitteilung von diesem seltsamen Beschluß bekommen haben, konnten wir dazu noch keine Stellung nehmen. Der Vorfall ist deswegen besonders erwähnenswert, weil er sich auch in gleicher Weise in Plauen abgespielt hat.

Gen. Geis-Chemnitz: Vor etwa 3 Jahren hatte unsere Gruppe nur 8 Mitglieder. Wenn wir heute einen Mitgliedsbestand von 27 haben, so verdanken wir diese Steigerung einer bewußten Arbeit. Durch Fühlungnahme mit den Krankenkassen und dem Arbeiter-Samariterbund haben wir möglichst viele Genossen zur Niederlassung veranlaßt und in die öffentlichen Stellen gebracht. Diese Arbeit sollte u. E. vom Reichsvorstand mehr als bisher unterstützt werden. Den Kampf gegen den § 218 haben wir, auch im ärztlichen Bezirksverein, lebhaft geführt. In allen Arbeiter-Organisationen, im Bund der Kriegsbeschädigten, im A.S.B. sind wir, namentlich in der Sexualberatung, tätig. Die Vorträge und Sitzungen häufen sich für unsere Mitglieder. In diesem Winter wird die Chemnitzer Ortsgruppe sich hauptsächlich mit theoretischen Fragen, die im letzten Jahr zu kurz gekommen sind, beschäftigen.

Genossin Landé-Frankfurt a. M.: Unsere verhältnismäßig junge Ortsgruppe ist bereits auf 26 Mitglieder angewachsen, die der SPD. angehören oder parteilos sind. Bei uns stand die Reform der Sozialversicherung im Vordergrund des Interesses. Zu dieser Frage haben wir Anträge an die Zentrale geleitet, die im Soz. Arzt abgedruckt worden sind. Wir behandelten weiter die Unfall-Begutachtung und die Stellung der soz. Aerzte im Krankenhauswesen. Wir versuchen mit Erfolg, im ärztlichen Bezirksverein Einfluß zu gewinnen. Vor

allem suchen wir enge Fühlung mit den Arbeiterorganisationen, besonders auch mit der Sektion Gesundheitswesen des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Gen. Epstein - München: Die sozialistischen Kollegen von München sind seit 10 Jahren zusammengeschlossen. Auf der letzten Reichstagung in Dresden sind wir als geschlossene Ortsgruppe dem V.S.Ae. beigetreten. Da die Entsendung von Delegierten zu den Reichstagungen wegen der weiten Entfernung für uns Süddeutsche sehr schwierig war, haben wir die Tagungen der südwestdeutschen Gruppe lebhaft begrüßt. — Wir haben in München, der reaktionärsten Stadt von Süddeutschland, mit außerordentlich schwierigen Verhältnissen zu kämpfen. Es ist derzeit für einen Sozialisten äußerst schwer, sich durchzusetzen. Es ist eine bekannte Tatsache, daß Aerzte nur nach München berufen werden, wenn sie der Deutschnationalen Partei angehören oder ihr sehr nahe stehen; am besten, wenn sie noch weiter rechts stehen. Wir beteiligen uns an der Arbeit des Arbeiter-Samariterbundes und nehmen an dem Kampf gegen den § 218 teil, trotz den außerordentlich reaktionären Bestimmungen und Richtlinien, die von der Regierung anerkannt sind.

Gen. Simmel, der den Bericht für die Berliner Ortsgruppe gibt, beginnt mit einem kurzen Ueberblick über die Entstehungsgeschichte des V.S.Ae., der 1913 mit einer sehr kleinen Anhängerschar gegründet wurde. Trotz der vielfachen Spaltungen der Arbeiterschaft haben wir sozialistischen Aerzte nur einen Weg für richtig befunden: die geschlossene Kampffront. Sie sollte beispielgebend für das Proletariat sein. In keinem Stadium war es leicht, diese Einheitlichkeit zu wahren. — Ueber die sehr rege Tätigkeit, die im wesentlichen allen Mitgliedern aus der Zeitschrift bekannt ist, soll hier im einzelnen nicht berichtet werden. Neben dem quantitativen Wachstum wünschten wir wieder wie in früheren Zeiten enge Arbeitsgemeinschaften, die zu den einzelnen Problemen Stellung nehmen. In letzter Zeit hat sich in Berlin etwas gezeigt, was an sich in jeder Vereinigung zu begrüßen ist, eine Opposition. Diese kann sehr fruchtbar sein, sie kann der Motor der Bewegung sein. Leider ist die Opposition in Berlin völlig unfruchtbar, weil sie jede Sachlichkeit vermissen läßt und schwere Störungen unserer Arbeit herbeiführt. Wir haben immer wieder versucht, auf die kleine, aber lärmende Schar einzuwirken. Wir sind aber nach langen Versuchen zu der Erkenntnis gekommen, daß der Wille zur sachlichen Verständigung bei diesen Kollegen nicht vorhanden ist. Immer wieder wurde von der Opposition gelärmt: „Wir haben keine Kommunisten im Vorstand. Sie, die es einmal waren, sind es nicht mehr." Nirgends ist bei uns festgelegt, niemals war es üblich, daß die verschiedenen Parteien im Vorstand vertreten sein

müssen. Wir begrüßen die Mitarbeit der Genossen jeder Parteirichtung, die gewillt sind, sachliche Arbeit im Dienste des V.S.Ae. zu leisten.

Das trifft in keiner Weise auf die Kollegen Schmincke, Wolf und Genossen zu, die es auch abgelehnt haben, die parteipolitische Neutralität des Vereins anzuerkennen. Die Genossin Ruben-Wolf hat das Ihnen bekannte Rundschreiben an die Mitglieder des „Bundes Deutscher Aerztinnen" versandt, in dem sie sich auf ihre Weise auch mit dem V.S.Ae. auseinandersetzt. Ein Antrag auf Ausschluß war die einzig mögliche Antwort auf das Verhalten dieses Mitgliedes.

Mit anderen Waffen geht Gen. Schmincke gegen die Organisation vor. In der Eigenschaft als Ersatzmann in der V.S.Ae.-Fraktion der Aerztekammer leistete er sich ohne Verständigung mit unseren Genossen eine Sonderaktion, indem er die bürgerliche Aerztekammer in einem Antrage zum Kampf gegen das verräterische Verhalten der Sozialdemokratie aufforderte. Die bürgerlichen Parteien interessieren ihn offenbar weniger. In der Vereinssitzung zur Rede gestellt, erklärte Schmincke, er war zwar dieses Mal nur zufälliger Vertreter in der Aerztekammer. Er werde sich jetzt immer Zutritt verschaffen und in jeder Sitzung die SPD. bekämpfen. Als Versammlungsleiter habe ich ihm darauf das Wort entzogen, weil S. gegen die einfachsten Grundbedingungen unserer Zusammenarbeit verstieß. Wenn wir solche selbstverständlichen Maßnahmen zum Schutze der Organisation ergreifen, beschwert sich die Opposition über „undemokratisches" Vorgehen.

Schmincke und Gen. haben dann im September 29 ein Rundschreiben versandt, worin sie sich allein als konsequente Marxisten erklären und worin sie etwas Schreckliches vorausahnen: die Wiedervereinigung mit der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Aerzte. Sehr schlecht ergeht es in diesem Rundschreiben unserer Zeitschrift. „Der Sozialistische Arzt" habe vorläufig überhaupt keinen revolutionären Kampfwert, er müsse im marxistischen Sinne umgestaltet werden. Nun besitzen wir von demselben Gen. Schmincke einen begeisterten Brief, der erst zwei Jahre zurückliegt. Darin ist er begeistert über dieselbe Zeitschrift, die gewiß viele neue Freunde finden wird. Wir gaben ihm recht, da die Zeitschrift überall eine gute Aufnahme gefunden hat. Der „Sozialistische Arzt" hat auch in den letzten Jahren seine Haltung nicht geändert. Es ist nicht nötig, daß Schmincke und seine engeren Freunde als Retter für die Zeitschrift erscheinen.

Es ist schließlich auf Antrag der Gen. Juliusburger und Bieber noch ein Ausschuß eingesetzt worden, der einen Ausgleich versuchte. Nachdem Schmincke die seltsame Erklärung abgab, er halte ein Zusammengehen von Angehörigen der SPD. und KPD. im „Verein Soz. Aerzte" nur in kul-

turellen, nicht aber in politischen Fragen für möglich, hat die Kommission ihre Mission für beendet angesehen. Es besteht für uns kein Zweifel, daß Schmincke den V.S.Ae. unter kommunistische Führung bringen oder, da das ein aussichtsloses Beginnen ist, ihn zu zertrümmern beabsichtigt. Sache der Reichstagung ist es, mit uns die Gefahr zu erkennen, und durch energische Maßnahmen die Erhaltung und die weitere Stärkung des Vereins zu sichern.

Zur Diskussion wird einstimmig beschlossen, einem Vertreter der Opposition 20 Minuten, den übrigen Rednern 10 Minuten Redezeit zu geben. Zur Debatte steht gleichzeitig ein Antrag des Landesverbandes Sachsen, der Ortsgruppe München, der Genossen Popitz, Soloweetschik, Eskuchen, Geis und Epstein mit folgendem Wortlaut:

„Bei Gefährdung des Bestandes der Gesamtorganisation durch ein Mitglied kann in dringenden Fällen der Reichsvorstand bzw. die Reichstagung den Ausschluß dieses Mitgliedes unmittelbar vollziehen."

Gen. Schmincke führt aus, daß er als Angeklagter vor der Reichstagung stehe und daß er sachlich und ruhig den Standpunkt der Opposition klarlegen wolle. Es wurde mir vorgeworfen, daß ich einen Brief geschrieben habe, daß der „Sozialistische Arzt" ganz und gar meinen Ansichten entspreche, während ich heute schärfste Kritik an der Zeitschrift übe. Dazu möchte ich bemerken: Der V.S.Ae. hat sich vollständig geändert, er hat mehr und mehr seinen Grund und Boden verlassen. Er hat früher über das russische Gesundheitswesen, das vorbildlich ist, referieren lassen und in der Zeitschrift berichtet. In den letzten Jahren ist darüber kaum etwas gebracht worden.

Es ist gesagt worden, daß wir interne Angelegenheiten des Vereins in kommunistischen Zeitungen veröffentlicht haben (Zwischenrufe: Rote Fahne und der „Kämpfer" von gestern). Klauber hat einen Artikel in der Zeitschrift „Gegen den Strom" (Zwischenruf: Als Erwiderung) geschrieben, der in der schärfsten Weise Mitglieder angreift und bei der Arbeiterschaft diskreditiert. (Zuruf: Zur Abwehr).

Ich komme dann auf meinen Antrag in der Aerztekammer zu sprechen. Wir sind der Meinung, daß wir politisch absolut frei sein müssen. Es geht nicht an, daß ein Kommunist seine kommunistische Jacke aus- und anzieht und daß er einmal da und dort steht. Wir sind der Meinung, daß wir als Kommunisten unser Gesicht überall zeigen müssen und unsere Meinung niemals verleugnen dürfen.

Wenn Sie uns ausschließen und den Kampf gegen Links führen, so müssen Sie gefaßt sein, daß dieser Kampf erwidert wird. Hinter der KPD. stehen die breiten Massen der Arbei-

terschaft. Die kommunistische Presse wird den Verein als eine Hilfstruppe des deutschen Bürgertums zur Unterdrückung der Arbeiterklasse bezeichnen.

Gen. Fabian will auf die vom Vorredner hervorgehobenen Drohungen und Konsequenzen nicht eingehen, weil unsere Handlungsweise allein vom Interesse des V.S.Ae., der dem Proletariat stets ein treuer Helfer war, diktiert ist. So relativ sanfte Töne wie heute haben wir von Schmincke und Genossen sehr selten vernommen. Erst jetzt, nachdem die Mitgliedschaft endlich Schluß mit dem wilden, prinzipienlosen Treiben machen will, schlägt die sog. Opposition äußerlich milde Töne an. Wie begründet sie sachlich ihre Notwendigkeit und hat sie überhaupt eine andere Einstellung zur Gesundheitspolitik, wie sie der V.S.Ae. seit so vielen Jahren mit wachsendem Erfolg betreibt? Es ist uns und kann uns nicht gesagt werden, daß diese Politik geändert worden sei. Ebensowenig ist in Wirklichkeit unsere Stellungnahme zum Gesundheitswesen der Sowjetunion eine andere geworden. Wahrheitswidrig wird einfach die Behauptung aufgestellt, daß wir in der Zeitschrift vor allem jede Information unterlassen haben. Das Gegenteil kann jedes unserer Mitglieder an Hand der vorliegenden Hefte feststellen. Es erscheint kaum eine Nummer des „Soz. Arzt", in der nicht in einer Rubrik „Sowjetmedizin" Wissenswertes mitgeteilt wird. Ich erinnere an einen großen Beitrag aus dem letzten Jahr, wo Gen. Semaschko auf sieben Seiten einen Ueberblick über „10 Jahre Sowjetmedizin" gibt. Wir halten allerdings eine solche Propagandaarbeit, wie sie mit lächerlichen Uebertreibungen von Schmincke, Wolf u. a. betrieben wird, gerade im Interesse Sowjetrußlands für geradezu schädlich. Ich darf, ohne Widerspruch zu finden, sagen, daß uns und unsere Genossen das russische Gesundheitswesen in hohem Maße interessiert. Für ein sachverständiges Referat aus diesem Gebiete steht das Forum des V.S.Ae. und seine Zeitschrift stets zur Verfügung.

Allerdings haben wir uns doch wohl auch um die Sorgen und die Nöte auf gesundheitlichem Gebiete in unserem Lande zu kümmern. Wir verschmähen es auch nicht, — dagegen lief die sog. Opposition Sturm — Errungenschaften der Wiener Kommune, besonders auf dem Gebiete des Wohnungswesens, behandeln zu lassen.

Obwohl wir nur eine Hilfsorganisation darstellen gegenüber den großen politischen Parteien, und obwohl unsere aktiven Mitglieder durch rege Betätigung in anderen Vereinen in Anspruch genommen sind, wünschen wir die Arbeit im V.S.Ae. intensiver und fruchtbarer zu gestalten. Das wurde in der letzten Zeit verhindert und unmöglich gemacht durch das Verhalten einer kleinen, aber dafür um so lärmenderen Gruppe. Wenn wir jetzt nach so vielen Verwarnungen zu ernsteren

Maßnahmen schreiten müssen, so geschieht es wahrlich nicht, weil wir Freude daran haben. In den 16 Jahren des Bestehens haben wir meiner Erinnerung nach nicht einen einzigen Ausschluß vollzogen. Wir stellen auch hier an dieser Stelle mit aller Deutlichkeit fest, daß wir nicht daran denken, Kommunisten aus dem V.S.Ae. auszuschließen. Unser mehr als berechtigtes Vorgehen trifft die Kollegen Schmincke und Ruben-Wolf, weil sie seit längerer Zeit organisationsschädigend auftreten und die Grundlage des Vereins zu zertrümmern suchen. Freudiges Zusammenarbeiten mit den Genossen aller Parteirichtungen, mögen über die Taktik Meinungsverschiedenheiten bestehen, aber entschlossener Kampf denen, die an sachlicher Arbeit uninteressiert sind und lediglich parteipolitische Differenzen im V.S.Ae. austragen wollen!

Gen. Cohn geht noch einmal auf die Arbeit in der Dresdner Ortsgruppe ein, die bisher sehr schwierig war.

Gen. Karfunkel-Berlin: Unser guter Wille, daß wir mit kommunistischen Kollegen zusammenarbeiten wollen, geht allein daraus hervor, daß wir nicht der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Aerzte beigetreten sind. Aber wenn jemand andauernd provoziert, kann er sich nachher nicht über Gewalt beklagen. Ich möchte die Kollegen Schmincke und seine Freunde, die gestern abend allerdings ohne Erfolg unsere Versammlung wieder zu stören suchten, fragen, was mit Mitgliedern in ihrer Partei geschehen würde, wenn sie sich nur den zehnten Teil davon herausnähmen? Sachliche Opposition ist uns im V.S.Ae. stets erwünscht, aber ein solches Treiben wie bisher können wir uns nicht länger bieten lassen.

Gen. Weiss-Berlin: Ich bin der Meinung, daß es im Interesse der jetzigen Aufgaben darauf ankommt, Verbindung mit den großen Kampforganisationen des Proletariats, der KPD., IAH. usw., herzustellen, zweitens sofortige Rußlandpropaganda, nicht nur, daß man einen Artikel bringt, sondern das proletarische Gesundheitswesen Rußlands muß bearbeitet werden. Das ist die Aufgabe des V.S.Ae.

Gen. Eskuchen-Zwickau: Eine Bemerkung des Gen. Schmincke ist noch richtig zu stellen. Wahrscheinlich hätten in Berlin gar keine Schwierigkeiten bestanden, der Opposition einen Sitz im Vorstand zu verschaffen. Von der Opposition Schmincke wurde aber eine vollständige Liste eingereicht, mit 6 Komunisten und 1 Parteilosen. Das konnte sich der V.S.Ae., der zu 70 % aus Mitgliedern der SPD. besteht, nicht gefallen lassen.

Gen. Liepschütz-Sachsen polemisiert gegen die oppositionellen Redner, die die Verhältnisse in Sowjetrußland nicht wahrheitsgemäß dargestellt hätten. Redner stützt sich auf Privatbriefe, die ihm kürzlich zugegangen sind, und spricht von

den augenblicklichen schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen sowie von überfüllten Gefängnissen im Kaukasus.

Zur Geschäftsordnung beantragt Gen. Holtzer-Chemnitz Schluß der Debatte. Die Versammlung beschließt, die noch gemeldeten drei Redner zu hören.

Gen. Simmel widerlegt die unrichtige Behauptung Schminckes, daß der V.S.Ae. im Jahre 1913 gegen die SPD., die damals die Arbeiterpartei in Deutschland war, gegründet worden sei. Fraglich sei, ob S. damals schon Sozialist war, sicherlich hat er die Gründung des Vereins nicht mitgemacht. Der V.S.Ae. war nicht gegen die Partei eingestellt, sein Hauptzweck war, die Verständigung zwischen Aerzten und Krankenkassen im Dienste des Proletariats herbeizuführen. Weiter wendet sich Simmel gegen die Demagogie Schminckes, der aus einem Artikel eines Wiener Genossen im „Soz. Arzt" einige Sätze aus dem Zusammenhang gerissen hat, um eine angeblich unmarxistische Denkweise festzustellen. Wir werden uns durch die Kampfesweise einiger Kommunisten und ihrer Presse nicht beirren lassen und unseren geraden Weg gehen. Die Massen werden klar erkennen, daß die Spaltungsmanöver hier im V.S.Ae. wie in anderen Organisationen, mit aller Schärfe zurückgewiesen werden müssen.

Gen. Bautzmann-Frankfurt a. M.: Wir haben den Eindruck, daß die Debatte zu sehr unter den Erlebnissen der Berliner Genossen steht. Wir erkennen an, daß der Konflikt Bedeutung für die Gesamtorganisation hat, aber sie wird bis zu einem gewissen Punkt überschätzt. Zur Sache selbst möchte ich mich nicht äußern. Gen. Schmincke hat das Recht verwirkt, über Demokratie zu sprechen. Die Stellungnahme zu dem Ausschluß liegt u. E. bei der Ortsgruppe Berlin. Wenn die dortige Ortsgruppenleitung ihn sachlich und moralisch verantworten will, so werden die Gruppen im Reiche Gefolgschaft leisten. Wir glauben vorläufig die Sache hier noch nicht zur Entscheidung bringen zu sollen. Was die Angelegenheit von Ruben-Wolf, die uns in Frankfurt schon vorgelegen hat, betrifft, so glauben wir, daß sie vor ein ganz anderes Forum gehört.

Gen. Klauber: Hinter den Personenfragen stehen allerdings schwere taktische Differenzen. Das hängt mit der politischen Wendung der offiz. KPD. zusammen. Deshalb dieselben Schwierigkeiten, die wir im V.S.Ae. sehen, auch in den Gewerkschaften, Sportorganisationen usw. Früher betrachtete man es als die Aufgabe der Kommunisten, in allen proletarischen Organisationen zu arbeiten, um die Massen zu gewinnen und auch anders denkende Kollegen für ihre Ideen zu begeistern. Jetzt nimmt man überall den Kampf in der Oeffentlichkeit gegen die eigene Organisation auf und stellt bei Wahlen eigene kommunistische Listen mit Unorganisierten auf.

So soll es in Zukunft auch bei uns werden. Wir können den deutlichen Versuchen, den mühsam aufgebauten Verein zu zerschlagen, nicht untätig zusehen. Deshalb sind wir für den Ausschluß von zwei Mitgliedern, die nicht wegen ihren Anschauungen, sondern wegen ihrer vereinsstörenden Tätigkeit zur Rechenschaft gezogen werden.

Ein Antrag Cohn auf namentliche Abstimmung wird nicht genügend untrstützt und abgelehnt.

Der Antrag des Landesverbandes Sachsen, München usw. wird gegen 4 Stimmen angenommen. Auf Protest wird der Antrag nochmals verlesen und abgestimmt, und zwar mit gleichem Resultat.

Ein weiterer Antrag, unterzeichnet Landesverband Sachsen, Popitz, Weill, Geis, Soloweetschik, Eskuchen, hat folgenden Wortlaut:

„Die Gen. Schmincke und Ruben-Wolf werden aus dem „Verein Soz. Aerzte" ausgeschlossen."

Gen. Schmincke wendet sich in längeren Ausführungen gegen den Antrag. Die Reichstagung ist kein Gericht, um summarisch einfach Mitglieder auszuschließen. Das muß in einer Kommission untersucht werden, wie es sogar in der Kommunistischen Partei geschieht. Warum haben denn nur wir Kommunisten schädlich für die Organisation gewirkt? Hat denn nicht Klauber auch gegen die Organisation gearbeitet, wenn er in der Zeitschrift „Gegen den Strom" so schwere Angriffe gegen einzelne Genossen im Verein veröffentlicht? Wenn wir ausgeschlossen werden, so werden die übrigen Oppositionellen im Verein bleiben und im Sinne des Klassenkampfes wirken.

Ein Antrag Weiss-Cohn lautet: Der Gen. Klauber ist aus dem V.S.Ae. auszuschließen.

Gen. Simmel: Es kennzeichnet den Gen. Schmincke, daß er im Augenblick seines Ausschlusses erklärt, andere müssen auch heraus. Der Fall ist genügend geklärt. Das Gericht, das Schmincke und Ruben-Wolf brauchen, ist die heutige Reichstagung. Aus dem ganzen Reich schrieb man uns mit Recht: Wie soll das weitergehen? Wollt Ihr von Berlin aus die ganze Reichsorganisation zerschlagen lassen?

Gen. Weiss solidarisiert sich nochmals mit Schmincke.

Gen. Hodann: Ich hatte eigentlich nicht die Absicht, zu diesem unerquicklichen Thema das Wort zu ergreifen. Ich habe aber das Gefühl, daß wir ein wenig in Gefahr sind, in Affekte zu entgleisen. Der Redner plädiert dafür, entweder die drei Genannten auszuschließen oder die drei untrennbar im Verein zu halten.

Gen. Glaser-Chemnitz: Nicht das Verhalten Klaubers hat vereinsschädigend gewirkt. Man kann es höchstens als Temperamentsausbruch betrachten. Bei den Schmincke und

Ruben-Wolf handelt es sich nicht um eine einmalige Handlung, sondern um ein bestimmtes System. Wir lehnen es ab, den V.S.Ae. zum Tummelplatz derer zu machen, die angeblich marxistische Ideen verfechten wollen. Der Kommunist Schmincke erscheint mir etwas anrüchig, wenn er politische und kulturelle Fragen unterscheidet. Es ist nicht tragbar, Mitglieder zu haben, die zugestandenermaßen den Verein zu unterminieren gedenken.

Der Antrag auf Ausschluß von Schmincke wird mit 26 gegen 17 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen angenommen.

Der Antrag auf Ausschluß von Ruben-Wolf wird mit 31 gegen 10 Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen.

Abgelehnt wird mit 37 gegen 2 Stimmen der Ausschlußantrag gegen Klauber.

Wegen der früheren Abreise der ausländischen Vertreter wird nunmehr verhandelt der Punkt 4 der Tagesordnung:

Die sozialistische Aerzte-Internationale.

Gen. Fabian: Auf dieser Tagung ist bereits darauf hingewiesen worden, aus welchen kleinen Anfängen sich der „Verein soz. Aerzte" entwickelt hat und wie das Wachstum im ersten Jahrzehnt des Bestehens sich sehr langsam vollzogen hat. Erst nach unserer Dresdner Reichstagung bildete sich eine ganze Reihe arbeitsfähiger Gruppen im Reiche, die ebenso wie die Berliner Ortsgruppe in regen Diskussionen zu allen gesundheitlichen Fragen vom sozialistischen Standpunkt Stellung nehmen. Unserer Zietschrift „Der sozialistische Arzt", die unsere Ideen in immer weitere Kreise, auch in entfernte Gegenden trägt, ist es in erster Linie zu danken, wenn wir heute schon Verbindungn mit gleichgesinnten Kreisen in fast allen Ländern haben. Wir haben bereits Mitglieder, Leser und Mitarbeiter im gesamten Ausland. Unser Ziel in naher Zukunft geht aber weiter hinaus. Wir legen den größten Wert darauf, in engster Fühlung zu sein mit sozialistischen Aerzteorganisationen, soweit siebereits bestehen oder sich noch herausbilden. Wie das Proletariat der Welt sich verbunden fühlt gegenüber dem immer mächtiger werdenden Kapital, so sind auch wir sozialistischen Aerzte vom Gefühl internationaler Solidarität erfüllt. Zu unserer großen Freude sind auf unserer heutigen Tagung die Vertreter der österreichischen Vereinigung soz. Aerzte und zweier Gruppen der Tsch.-Slowakischen Republik anwesend. Es sind zunächst einige Schwierigkeiten vorhanden, vor allem deshalb, weil diese Organisationen auf anderer Grundlage aufgebaut sind wie unsere V.S.Ae. Während wir immer, entsprechend der Situation in den Arbeiterparteien, Wert darauf legten, eine überparteiliche Vereinigung zu sein, sind die Bruder-

organisationen einheitlich aus Mitgliedern der Sozaldemokratischen Partei zusammengesetzt. Gleichwohl sind wir der Meinung, daß die internationale Zusammenarbeit möglich ist und im Interesse der uns gemeinsamen Hauptziele liegt. Wir erstreben einen zunächst losen organisatorischen Zusammenschluß und stellen den „Soz. Arzt", der die Zustimmung weitester Kreise gefunden hat, als gemeinsames Publikationsorgan zur Verfügung. Gemeinsam mit den Genossen der CSR — der Vertreter aus Wien, Gen. Friedjung, hat noch nicht die Vollmacht seiner Organisation — unterbreiten wir Ihnen den nachfolgenden Antrag der Prager Genossen Max Popper und Aug. Turck zur Annahme.

> „Der „Verein sozialistischer Aerzte" tritt in Verhandlungen mit der Vereinigung sozialdemokratischer Aerzte Oesterreichs, den Verbänden der soz. Aerzte in der Tschechoslowakischen Republik sowie den gleichgesinnten Aerzteorganisationen anderer Länder zwecks Errichtung eines internationalen Verbandes sozialistischer Aerzte.
>
> Der Zweck dieses Verbandes entspricht den Zielen des derzeit bestehenden V.S.Ae.
>
> Der Reichsvorstand hat eine internationale Konferenz möglichst im Laufe der nächsten 6 Monate einzuberufen."

Wir hoffen, daß die Reichstagung sich einmütig diesen Antrag zu eigen machen wird. Selbstverständlich werden wir darauf bedacht sein, alle Gruppen, die bisher bestehen und von denen wir Kenntnis erlangen, zu dieser Konferenz einzuladen.

Gen. Holitscher-CSR.: Aus den Ausführungen meines Vorredners haben Sie gehört, daß wir im Begriff sind, bei uns eine Vereinigung der deutschen sozialdemokratischen Aerzte zu gründen. Die Genossen Gruschka, Lieben und ich haben stundenlang beraten, ob wir nicht dem Beispiele der hiesigen Organisation folgen sollen. Nach reiflicher Ueberlegung sind wir zum Entschluß gekommen, nur sozialdemokratische Aerzte aufzunehmen. Kollegen, die als Sozialisten keiner politischen Organisation angehören, dürfte es nur sehr wenige geben. Auch die Zahl der kommunistischen Aerzte, die durch diesen Beschluß ausgeschlossen werden, ist bei uns gering. Die wenigen würden dann wieder eine Zelle bilden, dazu sehen wir keine Notwendigkeit. Wir freuen uns von ganzem Herzen, daß der V.S.Ae. in Deutschland trotz dieser grundsätzlichen Differenzen mit uns zusammenwirken will. Was für uns von vornherein ausschlaggebend war, das ist die Zeitschrift „Der Sozialistische Arzt". Wir legen großen Wert darauf, sie auch als unsere Zeitschrift betrachten und an ihr mitarbeiten zu können. Darüber hinaus liegt uns daran, die Internationalität zu betonen, die dadurch hergestellt wird, daß wir eine Spitzenorganisation gründen, die über die Landesgrenzen hinausreicht.

Wir werden uns mit den tschechischen Aerzten in Verbindung setzen und mit ihnen gemeinsam vorgehen. Es wird Sie wundern, daß es bei uns zwei sozialdemokratische Aerztegruppen gibt. Um das den deutschen Genossen zu erklären, müßte ich Ihnen unsere ganzen nationalen Verhältnisse vor Augen führen. Dazu fehlt heute die Zeit. Wir werden getrennt bleiben müssen, aber wir werden geeinigt vorgehen. Ich hoffe auch, die Verbindung Berlin-Prag-Wien herstellen zu können, aus der wir alle nur gewinnen können.

Nach kurzen Ausführungen der Gen. Weiss und Klauber, die besonders noch einmal über die Fühlungnahme mit den russischen Genossen sprechen, ergreift das Wort Gen. Stark-Marienbad: Die Lage ist in den einzelnen Ländern so verschieden, daß sich auch die Organisationsverhältnisse nicht ohne weiteres übertragen lassen. Ich weise nur auf die sprachlichen Schwierigkeiten in der Tschechoslowakei hin, die in Deutschland nicht bestehen. Wenn wir heute einen V.S.Ae. gründen, so müssen wir, besonders die tschechischen Kollegen, auch mit den Nationalsozialisten rechnen. Das würde ein Element in unsere Aerztebewegung bringen, das vom proletarischen und marxistischen Standpunkt aus nicht zu begrüßen wäre. Der Auffassung, daß mit unserer Organisationsform gewissermaßen der sozialfaschistische Ring um die Kommunisten geschlossen werden soll, müssen wir entschieden entgegentreten. Wir sehen unsere Kampffront nicht gegen die andere proletarische Partei gerichtet, sondern unser Kampf gilt der Bourgeoisie. Wir beschränken uns darauf, die Angriffe, die von kommunistischer Seite gegen uns gerichtet werden, zurückzuweisen, um den bürgerlichen Parteien nicht den Anblick des Bruderkampfes zu geben. So wird auch die Vereinigung der sozialdemokratischen Aerzte in der CSR. den Kampf nicht nach links richten. Wir ziehen es, zumal nach den Erfahrungen, die wir heute wieder gemacht haben, vor, getrennt zu marschieren.

Gen. Drucker wünscht, daß kein befristeter Termin für die internationale Konferenz festgesetzt werden soll. Der Zeitpunkt richte sich nach dem Erfolg der Vorverhandlungen.

Die Gen. Simmel und Fabian (im Schlußwort) weisen nochmals darauf hin, daß wir den Aerztevereinen in den einzelnen Ländern die Art der Organisation überlassen. Unser Grundsatz bleibt bestehen, alle sozialistischen Aerzte ohne Unterschied der Parteirichtung aufzunehmen. In anderen Ländern werden sich rein sozialdemokratische und kommunistische Vereinigungen bilden. Sie alle werden ihren Platz in der zu bildenden internationalen Dachorganisation finden. Um jeden Zweifel auszuschließen, sei betont, daß in dem Passus „anderer Länder" Sowjetrußland natürlich inbegriffen ist.

Der Antrag P o p p e r und T u r e k - Prag wird bei 3 Stimmenthaltungen einstimmig angenommen.

Zum Tagungsordnungspunkt „*Statutenänderung*" referiert Genossin M i n n a F l a k e : Vor allem wegen der geplanten gerichtlichen Eintragung des V.S.Ae. sind wir zur Aenderung unserer bisherigen Statuten gezwungen. Das bisherige Statut ist zu einer Zeit entstanden, da der Verein wesentlich nur aus der Ortsgruppe Berlin bestand und erst sehr schwache Ansätze für eine Reichsorganisation vorhanden waren. Der Entwurf für ein neues Statut, der mit einem uns nahestehenden Notar ausgearbeitet wurde, ist im letzten Hef des „Soz. Arzt" abgedruckt worden. Eine wesentliche Aenderung findet sich in dem Ausschlußparagraphen, in dem für solche hoffentlich seltenen Fälle ein Schiedsgericht vorgesehen ist. Durch die Betonung der Ortsgruppen sind die Rechte des „Wasserkopfes" Berlin eingeschränkt worden, aber da die überwiegende Zahl der Mitglieder sich doch in der Hauptstadt finden, muß zur Vereinfachung der Geschäfte der geschäftsführende Ausschuß seinen Sitz in Berlin haben. Da die Reichstagung alle zwei Jahre stattfindet, sollen Reichsleitung und Ortsgruppenleitungen einheitlich im gleichen Zeitraum neu gewählt werden. Da die Versammlung auf eine Generaldebatte verzichtet, werden die Paragraphen einzeln verlesen und abgestimmt.

Eine größere Debatte entspinnt sich, als Gen. E p s t e i n - München einen Antrag einbringt, der im Statut die „parteipolitische Neutralität des Vereins" ausdrücklich betont haben will. Obwohl prinzipielle Meinungsverschiedenheiten in dieser Frage n i c h t bestehen, wie die zahlreichen Diskussonsredner hervorheben, wird der Antrag mit 10 gegen 27 Stimmen abgelehnt, weil die Wahrung der Ueberparteilichkeit sich dem Sinn des Statuts nach als feststehend und selbstverständlich gilt.

Ein Abänderungsantrag der Frankfurter Gruppe zu § 4, „50 % der Beiträge sollen an die Zentralkasse abgeführt werden", wird mit 13 gegen 17 Stimmen abgelehnt.

Die Leipziger Studentengruppe wünschte in einem Antrage, daß Studenten und Studentinnen der klinischen Semester als o r d e n t l i c h e Mitglieder aufgenommen werden sollen. Sie sollen nur den Pressebeitrag zahlen.

Die Reichstagung entscheidet, bei aller Sympathie für die Antragsteller, es bei der bisherigen Regelung zu belassen und Studenten als a. o. Mitglieder mit beratender Stimme aufzunehmen.

In der Gesamtabstimmung wird der Statut einstimmig angenommen, vorbehaltlich der formellen Aenderungen von seiten des Registerrichters. Der genaue Wortlaut der endgültigen Fassung wird im „Soz. Arzt" abgedruckt werden.

Gen. Simmel: Ich erkläre im Namen des Reichsvorstandes, daß wir unsere Aemter nach Annahme des neuen Statuts niederlegen und uns zur Neuwahl bereit erklären.

Vors. Glaser: Ich glaube, im Namen aller zu sprechen, wenn wir den Genossen unseren herzlichsten Dank für die gute Arbeit, die sie geleistet haben, aussprechen.

Vom Gen. Eskuchen wird eine Liste, beginnend mit Simmel, eingereicht.

Gen. Weiss schlägt eine Gegenliste, beginnend mit Benjamin, Weiß, vor. Gegen 1 bis 2 Stimmen werden in den Reichsvorstand gewählt: Simmel, Fabian, Haase, Flake, Klauber, Hodann, Schönberger.

Dazu kommt je ein Vertreter der Ortsgruppen und Landesverbände. Auf der Tagung wurden bisher gewählt:

Eskuchen-Zwickau, Geis-Chemnitz, Plaut-Frankfurt a. M., Kahn-Karlsruhe, Epstein-München, Soloweetschik-Leipzig, Neufeld-Breslau, Holitscher-CSR.

Die noch fehlenden Vertreter der Gruppen usw. sollen sobald als möglich in den einzelnen Orten gewählt werden.

Zur *Gewerkschaftsfrage*, die die Berliner Organisation bereits seit längerer Zeit beschäftigt, liegt folgender Antrag Loewenstein-Fabian-Klauber vor:

„Die Reichstagung beschließt, mit der Sektion Gesundheitswesen im Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Sitz Berlin, in abschließende Verhandlungen darüber einzutreten, daß innerhalb des Verbandes eine ärztliche Gewerkschaft aufgezogen wird, die unterschiedslos freie Aerzte, angestellte und beamtete Aerzte in sich vereinigt."

Nach kurzer Begründung wird der Antrag ohne Diskussion angenommen und der neue Vorstand beauftragt, schnellstens Vertreter zu den Verhandlungen zu bestimmen.

Vors. Glaser: Nun kommen wir zur Programmfrage, die so wichtig ist, daß sie in der kurzen uns zur Verfügung stehenden Zeit unmöglich erledigt werden kann. Wir haben Ihnen nach Rücksprache mit dem Gen. Loewenstein, der für den vorliegenden Entwurf hauptsächlich verantwortlich zeichnet, vorzuschlagen, zur nochmaligen Durcharbeitung der Entwürfe eine neue Kommission zu wählen. Der endgültige Entwurf soll in den nächsten Monaten im „Soz. Arzt" zur Diskussion gestellt werden. Dann können alle Richtungen vom weitesten Reformismus bis zum äußersten Leninismus dazu Stellung nehmen.

Gen. Bautzmann: Wir hatten in Frankfurt vorgeschlagen, daß die Kommission gleichzeitig beauftragt wird, ein Sofortprogramm aufzustellen, welches unsere nächsten Aufgaben enthalten soll.

In die Programm-Kommission werden gewählt: Epstein-München, Hodann-Berlin, Glaser-Chemnitz, Loewenstein-Berlin, Klauber-Berlin, Holitscher-Komotau, Fränkel-Berlin, Eliassow-Frankfurt, Simmel-Berlin, Marcusson-Altenburg.

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung wurden die folgenden Resolutionen und Anträge angenommen bzw. dem Reichsvorstand aus Berücksichtigung überwiesen:

1. Protest gegen die sächs. Standesvertretungen.

Antrag Eskuchen-Zwickau:

„Die Reichstagung des V.S.Ae. protestiert dagegen, daß den sozialistischen Aerzten von den Standesorganisationen verboten werden soll, vor Laien aufklärende Vorträge zu halten."

2. Zurückstellung der Ehereform.

Resolution Breslau:

„Die Reichstagung des V.S.Ae. bedauert außerordentlich die Zurückstellung der von allen Schichten des Volkes sehnsüchtig erwarteten Ehereform. Sie sieht darin ein weiteres Glied der Kette unheilvoller kulturreaktionärer Bestrebungen, durch die unter Führung des Zentrums das Volk geknebelt wird. Abgesehen davon, daß das geltende Recht das Proletariat besonders schwer trifft und daß die Zwangsehe sittlich zu verwerfen ist, weist die Reichstagung des V.S.Ae. ganz besonders auf die Schädlichkeiten des bestehenden Zustandes vom rein ärztlichen Standpunkt hin und ersucht die sozialistischen Fraktionen des Reichstages nochmals, für eine sofortige Inangriffnahme der Ehescheidungsreform einzutreten."

4. Reichsversicherungsreform.

Antrag der Ortsgruppe Frankfurt a. M.:

„Der Reichsvorstand wird beauftragt, sich unverzüglich mit dem Reichsarbeitsministerium in Verbindung zu setzen, um auf die Vorarbeiten für die Neugestaltung des zweiten Buches der Reichsversicherungsordnung (Krankenversicherung) Einfluß zu nehmen."

5. Gesundheitspolitischer Kongreß.

„Der Verband Volksgesundheit fordert den V.S.Ae. zur Stellungnahme zu dem im Rahmen der Intern. Hygiene-Ausstellung stattfindenden Gesundheitspolitischen Kongreß auf, an dem auch etliche V.S.Ae.-Mitglieder mitwirken. Der Antrag wird dem Reichsvorstand zur Berücksichtigung überwiesen."

6. Reichsärztekammer.

Antrag Michel-Pirmasens:

„Die zur 3. Reichstagung des V.S.Ae. versammelten Delegierten und Mitglieder stellen die Forderung auf, daß bei der evtl. Bildung einer Reichsärztekammer die Vertretung auch der Minderheit gesichert wird.

Sie fordern ferner, daß die Gewährung des Rechtes der Selbstverwaltung nur unter der Bedingung der Sicherung der Interessen aller Teile der Aerzteschaft erfolgt."

7. Zur Tagesordnung der nächsten Reichstagung.

Antrag Frankfurt a. M.:

„Der Reichsvorstand wird ersucht, auf der nächsten Reichstagung das Thema „Das Verhältnis des V.S.Ae. zu den großen allgemeinen Aerzte-Organisationen" behandeln zu lassen."

Vors. Glaser: Wir kommen nun zum letzten Punkt der Tagesordnung: Bestimmung des Tagungsortes für die nächste

Reichstagung. Es liegen bisher drei Vorschläge vor: Wien, Frankfurt und Karlsruhe. Wir schlagen Ihnen vor, es dem Reichsvorstand zu überlassen, je nach den Möglichkeiten den Ort zu bestimmen, unter möglichster Berücksichtigung der geäußerten Wünsche.

Genossinnen und Genossen! Wir sind damit am Schluß unserer Beratungen. Dem Lokalkomitee und allen denen, die zur Förderung unserer Tagung beigetragen haben, danken wir für die geleistete Arbeit. Wir haben alle energisch gekämpft und gestritten im Dienste der von uns vertretenen Ideen.

Die Delegierten und Gäste haben sich erhoben und stimmen in das dreifache Hoch auf die sozialistische Aerztebewegung ein.

Pressestimmen zur Reichstagung des V. S. Ae. in Chemnitz

Es ist überaus erfreulich, daß unsere Reichstagung, die dieses Mal hauptsächlich dem inneren Ausbau der Organisation dienen sollte, besonders in der sozialistischen Presse einen so starken Widerhall gefunden hat. Wir geben im folgenden eine Uebersicht über eine Reihe charakteristischer Pressestimmen.

Die „Chemnitzer Volksstimme" schreibt unter der Ueberschrift „Arzt und proletarischer Klassenkampf":

Die Wissenschaft und die Arbeiter! Schon unsere ersten Vorkämpfer haben oft und mit Nachdruck auf die enge Verbindung beider hingewiesen. Die Wissenschaft brachte dem Proletarier die erlösende Parole und die mächtige Waffe der Erkenntnis, sie lehrte die Ausgebeuteten des Geistes Schwert schwingen im befreienden Klassenkampf, ein Ringen um den Sozialismus, um eine ausbeutungsfreie, klassenlose Gesellschaft. Und so ist es ganz natürlich, daß der sozialistische Arbeiter der Wissenschaft wegen ihrer gewaltigen Bedeutung stets eine große Verehrung entgegenbrachte. Nicht so dem Sozialismus noch bis vor kurzem — von wenigen Ausnahmen abgesehen — die Vertreter der Wissenschaft, die in falscher Klassenauffassung die Sache der Bourgeoisie zu der ihren machten. Aber die Entwicklung steht nicht still. Die Proletarisierung machte auch vor den Wissenschaftlern nicht halt. So mancher von ihnen erkannte, daß er auf der falschen Seite kämpfte und zog ehrlich und begeistert für die Größe des neuen Zieles die Konsequenzen. Das haben, soweit sie nicht schon überhaupt aus proletarisch-klassenbewußten Kreisen stammen, auch die im Verein Sozialistischer Aerzte organisierten Mediziner getan. Sie leiten aus ihrem Studium und ihrem Beruf keine Vorrechte für sich her. Sie wollen dem kämpfenden Proletarier gute Kameraden und tapfere Soldaten im Befreiungskampf der Menschheit sein, wobei ihr Wissen der Arbeiterschaft von höchstem Nutzen ist.

Von diesem Geist bester Solidarität zwischen Geistes- und Handarbeitern war die am Sonnabend abend im „Capitol" in Chemnitz veranstaltete öffentliche Kundgebung erfüllt, die der dritten

Reichstagung des Vereins sozialistischer Aerzte

vorausging. Nich nur Delegierte aus dem Reich, sondern, dem Zweck des Kongresses, der Vorarbeit zu einer internationalen sozialistischen Aerzte-

bewegung entsprechend, auch aus dem Ausland waren Vertreter der sozialistischen Aerzteschaft erschienen, so aus Oesterreich und der Tschechoslowakei, wobei erwähnt sei, daß sich ein Vertreter aus Prag, um an der Tagung teilnehmen zu können, in letzter Minute des mit allen Bestrebungen internationaler Annäherung besonders gut harmonierenden Flugzeuges bedient hatte. Außer den Delegierten hatten sich Angehörige der werktätigen Bevölkerung von Chemnitz in großer Anzahl eingefunden, so daß eine imponierende Massenversammlung zustande kam.

Nach einem ausführlichen Bericht der Vorträge, in denen die sozialistischen Forderungen an Reich, Staat und Gemeinde erhoben wurden, schließt die „Volksstimme":

Der große Eindruck der imposanten Kundgebung konnte auch nicht im geringsten dadurch abgeschwächt werden, daß ein KPDist am Saaleingang ein kleines Parteisüppchen zu kochen versuchte. Seine Zurufe an die Masse wurden schlagfertig zurückgewiesen und der Lächerlichkeit preisgegeben. Pr.

Der „Kämpfer", das Organ der KPD. in Chemnitz, das die Tagung und den V.S.Ae. bereits in einem „Begrüßungs"-artikel herabzusetzen suchte, schreibt über die Kundgebung und ihr Ergebnis:

„Es war eine Zusammenkunft wohlanständiger Bürger, die gelegentlich tüchtig schimpfen können, sich über augenfälliges Elend mächtig entrüsten und als Patentlösung das wunderbare Pflaster der Reformen bereit halten, das die Etikette trägt: „Kampf für den Sozialismus". Rednerbühne und Publikum waren aus einem Holz geschnitzt . . . ."

Die „Volksstimme" nennt das Phrasengeklingel des Wieners: „eine Stimme aus dem Mekka des klassenbewußten Proletariats, aus dem roten Wien", für sie war die Kundgebung ein „Bekenntnis zum Klassenkampf", so wie ihn eben die SPD. den Massen der Arbeiter einredet. In Wirklichkeit war das ganze ein Laufband demagogischer Phrasen, zur Verdeckung sozialdemokratischen Klassenverrates."

Als Höhepunkt der Tagung bezeichnet der „Kämpfer" den Ausschluß von Schmincke und Ruben-Wolf. Das Blatt schließt seinen Artikel:

„Wir Kommunisten haben, und das können wir nicht scharf genug betonen, jedes Interesse an einer gedeihlichen Arbeit im V.S.Ae., der einen sehr guten Boden für die Führung mannigfacher Kämpfe gegen die Reaktion und die Erringung von Teilzielen für das Proletariat darbietet. Wir müssen aber die unbedingte Voraussetzung haben, daß wir in der Darlegung unseres Standpunktes nicht behindert werden. Und wir können auch jetzt nicht genug hervorheben, daß wir auch nach dem Ausschluß unserer Genossen durchaus gewillt sind, in gedeihlicher Weise mit dem V.S.Ae. zusammenzuarbeiten . . . ."

Eine große Zahl von sozialdemokratischen Zeitungen, wie die „Leipziger Volkszeitung", „Dresdner Volkszeitung", Volkswacht in Breslau", „Ostthüringer Tribüne", „Volksblatt für Anhalt", Volkszeitung für die Oberlausitz in Plauen, Volkswille in Hannover u. a., bringt einen ausführlichen Bericht des Sächs. Pressedienstes, gezeichnet W. F., insbesondere über die starkbesuchte öffentliche Kundgebung, die „einen außerordentlich wirkungsvollen Auftakt zu den Verhandlungen bildete und die enge Verbun-

denheit mit dem sozialistischen Proletariat bekundete." Am Schlusse heißt es:

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Chemnitzer Tagung den Verein Sozialistischer Aerzte ein gutes Stück vorwärts gebracht hat. Durch den Ausschluß der kommunistischen Störenfriede, und vor allem durch die Anknüpfung internationaler Verbindungen, sind die sozialistischen Aerzte jetzt noch mehr als vorher in der Lage, im Interesse des Proletariats und der Arbeiterbewegung zu wirken. Die Arbeiterschaft wird die Bemühungen der sozialistischen Aerzte stets mit größtem Interesse verfolgen und ihnen weitestgehende Unterstützung im Interesse der gemeinsamen Sache zuteil werden lassen.

Die „Chemnitzer Mieter-Zeitung" zitiert besonders das Referat des Gen. Epstein-München über das Wohnungswesen und die Forderungen zur Bekämpfung der Wohnungsnot und für Schaffung hygienisch einwandfreier Wohnungen. „Diese Forderungen können wir voll und ganz unterstreichen und begrüßen es, daß auch die Aerzteschaft uns in unserem Kampfe unterstützt. Wir wünschen dem Verein Sozialistischer Aerzte vollen Erfolg!"

Von Berliner Zeitungen nimmt neben der „Welt am Montag", der „Welt am Abend" auch die „Rote Fahne" in einem kurzen Artikel Stellung zum V.S.Ae. Hier wird mit Scharfsinn festgestellt, daß der V.S.Ae. in die Front des „Sozialfaschismus" eingerückt sei. Im übrigen enthält die Notiz eine ganze Anzahl wahrheitswidriger Behauptungen.

Die „Arbeiterpolitik", Organ der Kommunistischen Opposition in Leipzig, schreibt u. a.:

„Die Tagung war von dem ernsten Willen getragen, dem Proletariat in seinem schweren Kampf zu helfen. — — — Während Friedjung-Wien bemüht war, mit einer gewissen Sentimentalität nur Lichtseiten von dem sozialdemokratisch regierten Wien zu zeigen, betonte Gen. Holitscher-Komotau, daß die soziale Revolution die Arbeiterschaft zum Sieg führen wird und die sozialistischen Aerzte dabei sein werden. — — — Die proletarische Einheitsfront wird die Grundlage des Sieges über den Kapitalismus sein."

Die „Volksgesundheit" Dresden bringt unter der Ueberschrift „Arzt und Gesundheitspolitik" aus der Feder des Gen. Dr. Walter Fabian einen Artikel über die Reichstagung, deren „Bedeutung weit über den Kreis der Aerzte hinausreiche."

Liste der Delegierten für die Chemnitzer Reichstagung

Name	*Wohnort*	*Deleg. für*
Gertrud Bartenheuer	*Berlin-Britz*	*Berlin*
Bautzmann	*Frankfurt a. M.*	*Frankfurt a. M.*
Ernst Cohn	*Dresden*	*Dresden*
S. Drucker	*Berlin*	*Reichsvorstand*
Alfred Eliassow	*Franjurt a. M.*	*Frankfurt a. M.*
M. Epstein	*München*	*München*
K. Eskuchen	*Zwickau i. Sa.*	*Reichsvorstand u. Sächs. Landesverband*

Name	Wohnort	Deleg. für
Ewald Fabian	Berlin-Wilmersdorf	Reichsvorstand
Rich. Fabian	Berlin	Berlin
Lotte Fink	Frankfurt a. M.	Frankfurt a/M.
Minna Flake	Berlin	Reichsvorstand
Jos. K. Friedjung	Wien	Vereinig. sozialdem. Ärzte Wiens
F. Geis	Chemnitz	Reichsvorstand u. Sächs. Landesverband
Kurt Glaser	Chemnitz	Chemnitz
Karl Grimm	Komotau	Verband der deutsch. soz. Ärzte in C. S. R.
Ernst Haase	Berlin	Berlin
H. A. Hannemann	Chemnitz	Chemnitz
Franz Heimann	Berlin	Berlin
Paul Heilmann	Zwickau i. Sa.	Zwickau
Max Hodann	Berlin	Berlin
Arnold Holitscher	Komotau	Reichsvorstand u. Verb. d. Dtsch. soz. Ärzte in C.S.R.
Paul Holtzer	Chemnitz	Chemnitz
L. Karfunkel	Berlin	Berlin
L. Klauber	Berlin	Reichsvorstand
B. Kochmann	Chemnitz	Chemnitz
Lotte Landé	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Georg Loewenstein	Berlin	Reichsvorstand
E. Marcusson	Altenburg (Thür.)	Leipzig
Max Michel	Pirmasens	Südwestdeutsche Gruppe
Neufeld	Breslau	Breslau
Popitz	Dresden	Landesverband Sachsen
Max Popper	Prag	Verband der Tsch. soz. Ärzte in C. S. R.
Franz Rosenthal	Berlin-Wilmersdorf	Reichsvorstand
R. Schminke	Berlin	Berlin
Jul. Schönberger	Berlin-Zehlendorf	Chemnitz
Ida Schönberger	Chemnitz	Chemnitz
Curt Semmel	Berlin	Berlin
Ernst Simmel	Berlin-Tegel	Reichsvorstand
K. Soloweetschik	Leipzig	Reichsvorstand
Adolf Starck	Marienbad	Verband der Dtsch. soz. Ärzte in C. S. R.
Weill	Leipzig	Leipzig
F. Weiss	Berlin	Berlin

Von den 42 Delegierten sind 29 in der SPD, 6 in der Kommunistischen Opposition, 3 in der KPD organisiert, 4 sind parteilos.

Gesundheitspolitische Forderungen des V.S.Ä.

Von M. Epstein.*)

Bis zur Erreichung des Endziels, der Sozialisierung des gesamten Gesundheitswesens, fordern wir:

Ausdehnung der Kranken-, Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenen-Versicherung auf alle Volksgenossen und damit die Schaffung einer allgemeinen Volksversicherung.

*) Wir veröffentlichen gern diesen Entwurf unseres Münchner Genossen, zugleich als Material für die in Chemnitz gewählte Programmkommission. Vgl. Soz. Arzt IV. Jahrg. Nr. 1/2; V. Jahrg. Nr. 4.

Zentralisation aller Krankenkassen unter obligatorischer Einführung der Familienversicherung. Vereinheitlichung des sozialen Versicherungswesens. Bildung von Arbeitsgemeinschaften von Reichsversicherungsträgern, Kommunen und Aerzten.

Planmäßige Verteilung des Aerzte-, Hebammen- und sonstigen Krankenpflegepersonals über das ganze Land. Vermehrung und Ausgestaltung von Krankenanstalten, Säuglings-, Mütter- und Entbindungsheimen, diagnostischen und therapeutischen Ambulatorien wie sonstiger Heilanstalten und ihre Leitung in sozialem und demokratischem Geiste unter weitgehender Berücksichtigung des Vertrauensverhältnisses zwischen Arzt und Kranken.

Erhöhte Ausbildung der Aerzte, insbesondere auf dem Gebiete der Geburtshilfe, sowie auf dem der vorbeugenden und nachgehenden sozialen Fürsorge.

In noch höherem Grade als die Heilbehandlung verlangt die dem Schutz der Gesunden dienende vorbeugende Gesundheitspflege Förderung durch die Gesellschaft.

Ausgestaltung eines über das ganze Land auszudehnenden Netzes von sozial-hygienischen Fürsorgeeinrichtungen zur Bekämpfung der Volksseuchen, Tuberkulose, Syphilis, Alkoholismus. Krüppel- und Psychopathenfürsorge.

Strafanstaltshygiene unter bevorzugter Mitbestimmung des Arztes über die Art und Durchführung des Strafvollzugs.

Ausgedehnte Wohnungshygiene bei gleichzeitiger Verbreitung hygienischer Kultur des Wohnens.

Einführung hygienischen Unterrichts obligatorisch in allen Schulen.

Durchgreifende Arbeitshygiene und Unfallverhütung unter Erweiterung der ärztlichen Mitarbeit. Ausdehnung der ärztlichen Gewerbeaufsicht. Erhöhter Schutz von Berufsgefahren (Staub und gewerblichen Giften) sowie den bisher zu wenig berücksichtigten Gefahren der Ermüdung, wie sie bei der zunehmenden Industrialisierung und der Einführung der wissenschaftlichen Betriebsweise die Arbeiterschaft bedrohen. Verstärkter Schutz der Jugendlichen, der Frauenarbeit und erhöhter Schwangerenschutz.

Ausgiebiger Erholungsurlaub für Erwachsene wie Lehrlinge. Schaffung von Lehrwerkstätten auf dem Lande unter Auslese der Schwachen und Krankheitsverdächtigen.

Kampf gegen die Säuglingssterblichkeit. Sicherung des Aufwuchses einer gesunden den Volksbestand aufrechterhaltenden Bevölkerung durch weitgehende kinderreichen Familien zu gewährende Erleichterungen unter Ausbau

der diesem Zwecke dienlichen sozialen und Abbau der strafrechtlichen Maßnahmen.

Leitung des gesamten Gesundheitsdienstes durch ein Reichsministerium für Volksgesundheit.

Rundschau

Paul Levi †

Der auf so tragische Weise erfolgte Tod des soz. Abgeordneten und hervorragenden Anwalts, des Gen. Paul Levi, findet auch im „Verein Sozialistischer Aerzte" ein schmerzliches Echo. Die Sozialisten werden, über alle Fraktionsstreitigkeiten hinweg, nicht vergessen, was dieser Kämpfer gegen Krieg und Kriegsgesinnung, was dieser Anwalt des Rechts in unermüdlicher Kritik an der Justiz in dieser Republik getan hat.

Der V.S.Ae. hat Gen. Levi verschiedentlich bei medizinisch-juristischen Fragen, z. B. beim Kranzprozeß, zu Rate gezogen.

Kein Geld für die Volksgesundheit?

Bekanntlich werden für die Volksgesundheit, im Gegensatz zu so vielen unproduktiven Zwecken, äußerst geringe Mittel in Reich, Staat und Gemeinde bewilligt. Jetzt taucht der Plan auf, den Krankenkassen statt des bisherigen Reichszuschusses zur Familienwochenhilfe von 30 Millionen RM im Jahre Reichsschuldverschreibungen im gleichen Wert zu geben. Die „Deutsche Krankenkasse" lehnt das Projekt mit nachfolgender Begründung ab:

„Solange noch in Deutschland für Bier und Tabak mehr ausgegeben wird als für die Krankenversicherung, solange noch Gehälter gezahlt werden können, die jährlich über 100 000 RM betragen, solange wir Geld haben, um Vergnügungspaläste zu bauen, noch einem Berufsboxer für seine Kulturtätigkeit Börsen von vielen 1000 RM zahlen können, solange wir uns den Luxus einer mittelalterlichen Kleinstaaterei leisten, solange unsere Damen teure Schleppenkleider tragen und Modeschauen besuchen können, solange der Staat noch Rennsport finanzieren kann, kurzum: solange müssen auch die Mittel vorhanden sein, Deutschlands Volkskraft an der Lebensquelle zu schützen. Es geht hier um mehr, als um 30 Millionen RM im Jahre, es geht darum, ob es wichtiger ist, für den Volksnachwuchs zu sorgen oder in Deutschland z. T. empörenden Luxus zu treiben. Die Krankenkassen werden nicht stillschweigen, wenn die Frage ernsthaft an sie herantritt."

Diesen durchaus zutreffenden Argumenten wollen wir nur noch hinzufügen, daß das Reich zur dringend notwendigen Steigerung der Sozialausgaben reichliche Mittel erlangen könnte durch wesentliche Herabsetzung der Ausgaben für Militär und Marine, durch Kürzung der riesenhaften Pen-

sionen, durch Streichung der Geheimfonds und vieler anderer Positionen.

Vorbildliche Auffassung des Arztberufes.

Unser Gen. Dr. G r i m m - Komotau, der gleich nach seiner Teilnahme an der Chemnitzer Reichstagung in höchst idealer Auffassung seines Berufes wie schon häufig im Interesse der Bergarbeiterschaft eine genaue Besichtigung der Gruben vornahm, ist vor etlichen Wochen bei der Einfahrt in den Grohmann-Schacht durch eine herabfallende Kohlendecke recht erheblich verletzt worden. Mit einer komplizierten Unterschenkelfraktur wurde er zunächst in das Krankenhaus in Komotau eingeliefert, um dann in Karlsbad zweimal operiert zu werden. Die Arbeiterpresse in der Tschechoslowakischen Republik rühmt mit Recht diesen Arzt, der seinn Beruf so gewissenhaft, selbstlos, aufopfernd im Dienste der Arbeiterklasse auffaßt und ausübt. Gen. G r i m m begnügte sich nicht damit, wenn Klagen der Grubenarbeiter laut werden, gelegentlich Kontrollen vorzunehmen, sondern er arbeitete während seines Urlaubs 3 Wochen hindurch als Kohlenhauer. Er will in der Praxis die Leiden der Bergleute kennen lernen und sehen, wie man den Gefahren vorbeugen kann. Wir wünschen dem Gen. G r i m m , der sich über die Grenzen hinweg mit dem V.S.Ae. und unserem sozialistischen Ideal verbunden fühlt, daß er bald von Gipsverbänden und Krücken befreit, seine Tätigkeit im Dienste des Proletariats wieder aufzunehmen vermag.

Medikamentenwucher.

Zu diesem Kapitel, dessen Wichtigkeit vom V.S.Ae. stets betont wird, lieferte Gen. P a u l L e v y in seinem Referat auf der 6. Reichskonferenz der Sektion Gesundheitswesen des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter einen interessanten Beitrag. Er verwies auf die Veröffentlichung des Vorsitzenden der Deutschen Apothekenkammer in der „Münchner Medizinischen Wochenschrift", wonach der Herstellungspreis eines Präparates, das 7 g Jod enthält, 2 RM beträgt. Der Kaufpreis für die Apotheke ist auf 14 RM, als das S i e b e n f a c h e , festgesetzt. Noch krasser ist das Beispiel des S a l v a r s a n s. Sein Fabrikherstellungspreis beträgt bei einem bestimmten Quantum 200 RM. — Dieselbe Menge kostet beim Verkauf an die Apotheke 8000 RM, also das V i e r z i g f a c h e. D e r V e r k a u f s p r e i s f ü r d i e K r a n k e n u n d d i e K r a n k e n k a s s e n a b e r i s t 16 000 RM, a l s o d a s A c h t z i g f a c h e. Dafür kann die I. G. F a r b e n - I n d u s t r i e in ihrem Geschäftsbericht mitteilen: „Der Umsatz konnte im Jahre 1928 um 20 % erhöht werden. Es ist eine Steigerung des Rein-

gewinns von 103,2 Millionen RM auf 147,5 Millionen RM zu verzeichnen. An Dividende wurden 24 ½ ausgezahlt." Demgegenüber fordern wir sozialistischen Aerzte die Preisfixierung der Heilmittel durch den Staat und die Vertreter der Gewerkschaften für das Gesundheitswesen bis zur Sozialisierung der pharmazeutischen Industrie.

Die reichsgesetzlichen deutschen Krankenkassen im Jahre 1928.

In „Wirtschaft und Statistik" erscheint der erste Teil der amtlichen deutschen Krankenkassenstatistik für das Jahr 1928. Die Gesamtzahl der reichsgesetzlichen Krankenkassen hat gegenüber dem Vorjahr etwas abgenommen (7426 gegenüber 7459). Darin zeigen sich die allerdings nur geringen Fortschritte in der Verschmelzung von Orts-, Land- und Betriebskrankenkassen. Die Zahl der meist sehr kleinen Innungskrankenkassen ist dagegen noch um 63 gestiegen.

Der Krankenstand war während des weitaus größten Teiles des Jahres ungünstiger als 1927. „Wirtschaft und Statistik" führt diese Verschlechterung zum Teil darauf zurück, daß eine wachsende Zahl von Versicherten den an sie gestellten Arbeitsanforderungen auf die Dauer und ohne Unterbrechung nicht gewachsen ist. Dabei bleibt offen, ob dieses „Nichtgewachsensein" auf eine Verschlechterung des Gesundheitszustandes oder — was viel wahrscheinlicher ist — auf eine Erhöhung der Arbeitsanforderungen durch die Rationalisierung zurückzuführen ist. Im ganzen wurden von den Krankenkassen 11,6 Millionen mit Arbeitsunfähigkeit verbundene Krankheitsfälle und 181,1 Millionen Krankheitstage entschädigt. Stärker als den im Jahre 1928 festgestellten Geburten in Deutschland entsprechen würde, hat sich die Zahl der Wochenhilfsfälle (um 4,5 v. H.) vermehrt, ein Beweis dafür, daß die arbeitende Bevölkerung nach wie vor die verhältnismäßig hohe Geburtenzahl aufweist.

An Versicherungsleistungen wurde im einzelnen verausgabt: für ärztliche Behandlung nahezu 343 Millionen RM, für Zahnbehandlung über 62 Millionen, für Arznei und sonstige Heilmittel fast 184 Millionen, für Krankenhauspflege fast 219 Millionen, für Krankengeld usw. 545 Millionen RM. Gewaltige Summen, die aus den Erträgnissen der Arbeit erspart, der Volksgesundheit dienen sollen.

Das Recht auf Urlaub in Sowjetrußland.

In der Sowjetunion ist bekanntlich allen Arbeitern und Angestellten eine jährliche Beurlaubung gewährleistet. Neuerdings sind die geltenden Bestimmungen durch das Volkskom-

missariat für Arbeit wesentlich ergänzt worden. Statt der ehemaligen Kalenderurlaubswochen (mindestens zwei Wochen für alle Arbeiter und Angestellten und ein vierwöchentlicher Urlaub für die in den Produktionsgebieten Beschäftigten, die eine große physische Anspannung erfordern), wird jetzt der Urlaub auf 12 bzw. 24 Arbeitstage zuzüglich der Sonntage festgesetzt. Auf diese Weise wird der Arbeiter die in die Zeit seines Urlaubes fallenden Feiertage nicht verlieren.

Die Dauer des jährlichen Urlaubes für die jungen Arbeiter, die in gesundheitsschädlichen Betrieben beschäftigt sind, ist auf sechs Wochen verlängert worden. Die Arbeiter der Bäckereien genießen jetzt einen monatlichen Urlaub, der bisher nur auf 14 Tage festgesetzt war.

Gesundheitspolitischer Kongreß.

Der Verband Volksgesundheit (Zentralorganisation für Gesundheitspflege, Heilkunde, Lebensreform und Freikörperkultur) hat beschlossen, im Rahmen der Internationalen Hygiene-Ausstellung einen Gesundheitspolitischen Kongreß zu veranstalten. Der Kongreß soll in der Zeit vom 21.—24. Juni 1930 in Dresden stattfinden.

Die ungesunden wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse haben unvermeidlich einen gesundheitlichen Niedergang des werktätigen Volkes zur Folge. Dem Kongreß kommt somit eine große Bedeutung zu. Er hat sich vor allem zur Aufgabe gestellt, die berufstätige Bevölkerung zur Bestimmung ihres gesundheitlichen Schicksals aufzurufen und die Plattform für ein einheitliches Vorgehen aller an der Hebung der Gesundheit des arbeitenden Volkes beteiligten Vereinigungen zu schaffen. Von Reich, Staat und Kommune wird der Kongreß eine Politik fordern, die den gesunden Menschen zum Ziele hat. Der Kongreß hat sich die Mitwirkung folgender Referenten gesichert:

Dr. Gustav Boeters, Regierungsmedizinalrat a. D., Zwickau i. Sa.
Prof. Dr. A. Grotjahn, ord. Prof. der soz. Hygiene, Berlin.
Dr. med. Hindhede, Leiter des Staatsinstituts für Ernährungsforschung, Kopenhagen.
Oberbürgermeister Klimpel, Freital.
Dr. R. Kraut, Dir. der Deutschen Reichshauptstelle gegen den Alkoholismus, Berlin.
Dr. med. Julian Marcuse, München.
Prof. Paul Oesterreich, Vors. des Bundes Entschiedener Schulreformer, Berlin.
Prof. Dr. Stan. Duzicka, Prof. d. Hygiene an der Universität Preßburg (Tschechoslowakei).
Hermann Schmidt, Lehrer, Leipzig.
Dr. Margarete Stegmann, Dresden, M. d. R.
Dr. med. Steintel, Berlin.
Dr. Helene Stoecker, Vors. des Bundes für Mutterschutz und Sexualreform, Berlin.
Dr. med. Friedrich Wolf, Stuttgart.

Der Kongreß wird sich an die in Frage kommenden Gesundheitsorganisationen Kultur-, Sport- und Jugendverbände, Parteien, Gewerkschaften, Krankenkassen, Versicherungsanstalten sowie die zuständigen Reichs- und Landesbehörden und Kommunen mit seinen Einladungen wenden.

Aus der Sozialistischen Ärztebewegung.

Reichsvorstand.

Der in Chemnitz gewählte Reichsvorstand setzt sich wie folgt zusammen:

Vorsitzender: Simmel, Klauber, Haase.
Schriftführer: Fabian, Minna Flake.
Beisitzer: Hodann, Schönberger.

Ferner als Vertreter der Ortsgruppen und Landesverbände: Eskuchen-Zwickau; Geis-Chemnitz; Plaut-Frankfurt; Kahn-Karlsruhe; Epstein-München; Soloweetschik-Leipzig; Neufeld-Breslau; Holitscher-CSR.

Beitragszahlung.

Kassierer der Berliner Ortsgruppe und der Reichsorganisation ist Dr. Franz Rosenthal, Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 175 (Postsch. Nr. 189). Die Mitglieder in Berlin und in den Orten, wo keine Ortsgruppen bestehen, werden dringend gebeten, den Jahresbeitrag (M 10,— und 3,— Pressefonds) an diese Adresse möglichst umgehend einzusenden.

Alle Zahlungen (Abonnementsbeiträge usw.) für den Soz. Arzt bitten wir an Dr. Minna Flake, Berlin-Wilmersdorf, Waghäuseler Str. 19 (Postscheck Nr. 74915) zu überweisen. Auch Reklamationen wegen verspäteter Zustellung der Zeitschrift sind an diese Adresse zu richten.

Neue Mitglieder.

In der Zeit Dezember 1929 bis Februar 1930 wurden folgende Neuaufnahmen in den VSÄ. vollzogen:

Berlin: M. Schmuckler; Felix und Alfred Bergmann; E. Brauner; K. Blum; H. Hunwald; Malbin; F. Büchler; Elisabeth Russo; H. Schmeidler; Manfred Mayer-Zachart; Selda Zeitlin; Schimkus.
Chemnitz: Kischner-Zaturansky; Machnitzki; Kochmann; Lewy.
Hamburg: Costa.
Burkhardtsdorf i. E.: Meinel.
München: Horn; Welcke; Beiger.
Frankfurt a. M.: Günzburg; C. Traugott.
Breslau: A. Wagner; Kwilecki.
Gleiwitz: A. Samuel.
Beuthen: S. R. Friedmann.

Castrop-Rauxel (Westf.): Brose.
Altenburg (Thür.): Rob. Rupprecht.
Düsseldorf: H. Eckstein.
Heidelberg: Henny Schönstedt; Elisabeth Wurth.
Cordóba (Argentinien): Prof. Gregorio Bermann.

Ausgetreten sind die Berliner Kollegen: W. Zehden, Friedeberg, Käthe Becher, Erich Moses, Dallmann, E. Fränkel, Grebe, Lesser (die letzten fünf anlässlich der Stellungnahme des VSÄ. zum Zahnärztekonflikt mit den Ersatzkrankenkassen).

Konstituierende Versammlung des Vereins deutscher sozialdemokratischer Aerzte in der Tschechoslovakischen Republik

Am 2. Februar d. J. fand die konstituierende Versammlung des Vereins der deutschen sozialdemokratischen Aerzte in der tschechosl. Republik in den Klubsälen der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten in Prag statt. Gen. Dr. Holitscher begrüßte aufs herzlichste die zahlreich erschienenen Kollegen aus CSR. und den Vertreter der deutschen sozialistischen Aerzte und Redakteur der deutschen Verbandszeitung „Der Sozialistische Arzt", Gen. Dr. Fabian-Berlin sowie mehrere Vertreter der tschechischen sozialdemokratischen Aerzteschaft.

Gen. Prof. Dr. Biedl - Prag und Dr. Grimm - Komotau hatten ihr Erscheinen krankheitshalber entschuldigt; diesen Genossen wurde von der Versammlung baldige Genesung gewünscht.

Gen. Dr. Holitscher wies auf die Notwendigkeit der Gründung hin und entwickelte den Tätigkeitsplan. Eine fruchtbare Debatte zeigte die Reichhaltigkeit des Arbeitsgebietes der neuen Vereinigung und betonte die Wichtigkeit der Arbeit.

Der Mitgliedsbeitrag wurde mit Kc. 10 für Spital- und schlecht besoldete Amtsärzte festgesetzt, für die in Praxis stehenden Aerzte wurde ein Mindestbeitrag von Kc. 30 pro Jahr beschlossen. Als Vereinszeitschrift wird das deutsche Organ der sozialistischen Aerzte „Der Sozialistische Arzt" bestimmt und ein obligatorisches Zeitungsabonnement festgelegt.

Die Wahl des Ausschusses ergab: Zum Obmann wurde Gen. Dr. Holitscher, als Obmannstellv. Gen. Prof. Dr. Fischer, als Kassierer Dr. Feldstein, als Schriftführer Dr. Epstein, Aussig, und als Beisitzer Dr. Neumann, Bodenbach und ein von der Brünner Gruppe der sozialdem. Aerzte noch zu wählender Arzt gewählt.

Um ½2 Uhr wurde die Versammlung nach einem Schlußwort des Vorsitzenden geschlossen.

Anmeldungen zum Verein der deutschen sozialdemokratischen Aerzte sind an den Gen. Dr. Epstein, Aussig Krankenhaus, zu senden. Der Mitgliedsbeitrag kann mittels des dann zugeschickten Erlagscheines eingesendet werden. Ueber die weitere Arbeit des Vereins und die künftigen Sitzungen wird in den Parteiblättern jeweils berichtet werden.

Ortsgruppe Chemnitz.

Am 28. 1. d. J. fand eine gutbesuchte Mitgliederversammlung statt, in der mhrere neue Mitglieder aufgenommen wurden. Gen. Mannheim-Burkhardtsdorf referierte über die Reformvorschläge zur Reichsversicherungsordnung.

Die nachfolgende Resolution der Gen. Glaser und Geis wurde einstimmig angenommen:

Die Ortsgruppe Chemnitz des „Vereins Sozialistischer Aerzte" beantragt, daß der Vorstand des V.S.Ae. sich eingehend mit der Aenderung der RVO. beschäftigt und versucht, in seinem Sinne auf die Stellungnahme der sozialistischen Parteien Einfluß zu gewinnen.

Unbeschadet unserer Stellungnahme zu einer allgemeinen Volksversicherung, erachten wir es für notwendig, für die Neuordnung der Reichsversicherungsordnung folgende Vorschläge zu machen:

Wir schlagen zur grundlegenden Veränderung vor, die Versicherungsgrenze auf ein Einkommen von 6 000 RM festzulegen, steigernd für Frau und jedes Kind, bis zum 16. Lebensjahre, soweit sie nicht selbst versichert sind, um je 1 000 RM.

Die Krankenhilfe soll auf 52 Wochen, die der Familienangehörigen auf 26 Wochen ausgedehnt werden. Außerdem halten wir es für notwendig, daß die Hilfe für die chronisch Kranken in die umgeänderte RVO. hineingearbeitet wird; und zwar glauben wir, daß die finanziellen Lasten hierfür gemeinsam von den gesetzlichen Versicherungsträgern, Kommune, Staat und Land, getragen werden müssen. (Herabsetzung der Invalidisierungsgrenze?)

Bücher und Zeitschriften.

(Besprechung vorbehalten.)

Das Protokoll der Verhandlungen der 6. Reichskonferenz der Reichssektion Gesundheitswesen ist im Selbstverlag des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter erschienen. Das über 200 Seiten starke Heft enthält die auf der Tagung gehaltenen Referate und Diskussionsreden im Wortlaut. Es wurden dort Fragen behandelt, die für alle im Gesundheitswesen Tätigen von höchstem Interesse sind, wie z. B. „Irrenpflege ist Krankenpflege", „Arbeitstherapie", „Der Kampf um die Kommunalisierung des Gesundheitswesens". Der Preis ist für Mitglieder auf nur 1 RM, für Nichtmitglieder auf 2 RM festgesetzt. Wir können die Anschaffung unseren Genossen sehr empfehlen.

Der Kassenarzt, Charlottenburg 5. Schriftleitung: Dr. Julius Moses, M. d. R.

Heft 5 des 7. Jahrganges enthält u. a.: Die Sexualparagraphen des neuen Strafrechts; Kurpfuschereiverbot auch in Deutschland? Die Sexualpsychose — eine gesundheitliche Gefahr von Dr. Julius Moses.

Gesundheitslehrer, Zeitschrift gegen **Mißstände** im Heilwesen für Aerzte und Behörden. Organ der **Deutschen** Gesellschaft **zur Bekämpfung** des Kurpfuschertums. Berlin-Wilmersdorf. 33. **Jahrg.** Heft 1.

Dr. Julius Marcuse: Was jeder Mann und jede Frau wissen muß (Hauptausschuß für **Arbeiterwohlfahrt** Berlin).

Der erste Teil dieses Heftes legt die Notwendigkeit der Geburtenregelung für die Arbeiterschaft dar, der zweite gibt eine Uebersicht über die gebräuchlichsten Verhütungsmittel und ihre Anwendung. Alles, was hier gesagt wird, ist richtig und gut, so ist diese Broschüre, wie viele ähnliche, für die Aufklärungsarbeit recht nützlich. D. F.

Dr. J. H. Leunbach: Das Problem der Geburtenregelung. Georg Thieme Verlag, Leipzig 1930.

Die von Magnus Hirschfeld eingeleitete Schrift enthält zwei Vorträge des Sekretärs der Weltliga für Sexualreform. Das vor dem internationalen Kongreß der W. f. S. am 3. 7. 28 gehaltene Referat über Bedeutung, Zweck und Technik der Geburtenregelung verficht durch seinen logischen Aufbau in eindringlicher Weise die Notwendigkeit der antikonzeptionellen Propaganda und beleuchtet das Thema sowohl vom medizinischen als auch vom politischen und wirtschaftlichen Standpunkt aus. Das zweite vor dem dritten Internationalen Kongreß für Sexualreform im September 29 gehaltene Referat beschäftigt sich mit der Schwangerschaftsunterbrechung und Sterilisation im Strafgesetzbuch Dänemarks, das sehr strenge Bestimmungen enthält. Neufeld, Breslau.

Volksgesundheit. Monatsschrift Dresden A. 1. 39. Jahrg. Heft 12.

Aus dem Inhalt: Märtyrer des Paragraphen 218 von Dr. med. Margarete Stegmann, M. d. R., Impfzwang oder Gewissensklausel? von Dr. med. Winsch; Aus der Sprechstunde einer Sexualberatungsstelle von Prof. R. Fetscher.

Prof. W. v. Gonzenbach: Hütet Euch! Am Menschen gelegene Unfallursachen. Fr. 0.50.

Prof. W. v. Gonzenbach: Wer ist gesund? Fr. 2.50.

Die beiden populären Abhandlungen des Schweizer Hygienikers sind von der Schweizerischen Zentralstelle für Gesundheitspflege in Zürich kürzlich herausgegeben worden. Es werden so wichtige Fragen wie „Gesundheit und Leistungsfähigkeit", Sexuelle Erziehung, Reinlichkeit und Desinfektion behandelt. In einem Vortrag über „Die Rationalisierung in hygienischer Beleuchtung" wird zu diesem so aktuellen Problem durchaus zutreffend hervorgehoben, daß man bisher sich auf organisatorische, technische und reinwirtschaftliche Maßnahmen beschränkt hat, während doch im Mittelpunkt aller Arbeit der lebendige Mensch steht. Den vom Verfasser für den Schutz und die Förderung des Lebens aufgestellten Forderungen: Sorge für beste Arbeitsbedingungen, Arbeitspausen, Achtstundentag, ausreichende Ernährung, menschenwürdige Wohnung u. a. m. ist vom sozialhygienischen Standpunkt nur zuzustimmen. Nur ist Gonzenbach selbst darüber nicht im Unklaren, daß der kapitalistische Arbeitgeber von diesen Postulaten in der Praxis nichts wissen will. Auch ein Appell an den „fortschrittlichen und großzügigen Arbeitgeber" erscheint uns nicht eben aussichtsreich, nur der entschlossene politische und gewerkschaftliche Kampf des Proletariats selbst kann diese Forderungen durchsetzen. E. F.

Wilhelm Reich: **Sexualerregung und Sexualbefriedigung** (Münster-Verlag, Wien).

Dieses kleine Heft, das erste aus der Reihe der Schriften der sozialistischen Gesellschaft für Sexualberatung und Sexualforschung Wien, zeichnet sich vor anderen seiner Art dadurch aus, daß es die Fragen der Sexualität in enge und richtig gesehene Verbindung mit der herrschenden Gesellschaftsordnung bringt. Das kommt besonders in den im Anhang wiedergegebenen 50 Fragen und Antworten zum Ausdruck. Weniger wertvoll ist der Teil der Schrift, der sich mit den Details des Geschlechtsaktes

selbst beschäftigt. Wir stehen wohl kaum im Verdacht, diese ins Einzelnste gehende Beschreibung aus Prüderie abzulehnen, aber es fragt sich doch, ob diese nahezu in Rezeptform gegebenen Anleitungen für die Allgemeinheit von Nutzen sind; hier spielt individuelle Veranlagung doch eine zu entscheidende Rolle, als daß solche Gebrauchsanweisungen Sinn haben könnten. Aber wegen seiner grundsätzlichen Einstellung zu den Fragen verdient die kleine Schrift Beachtung. D. F.

Dr. med. Arthur Becker: **Bakteriologische Untersuchungen über die Entstehung der Infektionskrankheiten.** Hippokrates-Verlag, Stuttgart. Kart. 4.50 RM.

Dr. Paul Gerber: **Kurierfreiheit oder Kurpfuscherverbot?** In der Wiener Sozialdemokratischen Monatsschrift „Der Kampf" 22. Jahrg. Heft 12. Der Artikel muß im Original nachgelesen werden.

Individual-Rassen- und Volkshygiene von Stadtarzt Dr. med. Ernst Neumann, Neumünster. Deutscher Verlag für Volkswohlfahrt. Dresden A. 1.

In diesem reichhaltigen Heftchen behandelt unser Genosse die wichtigsten Gebiete der persönlichen Gesundheitspflege, Ernährung, Körperpflege, Leibesübungen, Schlaf. Eine besondere Beachtung finden die Schädigungen durch Kulturgifte wie Alkohol, Tabak, Quecksilber, und ausführlich beschäftigt sich der Verfasser noch mit der Mutterschaftsfrage. Neumann betont zum Schluß, daß die sozialhygienischen Ideale erst verwirklicht werden können, wenn durch eine Aenderung unserer Gesellschaftsordnung im sozialistischen Sinne die praktischen Voraussetzungen gegeben sind. F.

Max Harteck: **Damaschke und die Bodenreform.** Aus dem Leben eines Volksmannes. Verlag Deutsche Buchgemeinschaft, Berlin SW 68. In Halbleder 4.90 RM.

Leitfaden für Schiffsärzte von Dr. med. Minning, Montana-Verlag, Leipzig.

Dr. Curt Wachtel: **Vor dem Ende der Kurierfreiheit?** Verlag Otto Enslin, Berlin NW 6. 1930.

Soziale Medizin, Monatsschrift für die Aerzte, Zahnärzte und Apotheker der deutschen Krankenkassen.

Zweiter Jahrgang Nr. 12 enthält u. a. Dr. Georg Wolff: Alfred Grotjahns wissenschaftliche Stellung in der Hygiene; Prof. Grote: Die Ergebnisse kurzfristiger Klinikbehandlung von Zuckerkranken der Sozialversicherung; Dr. M. Vogel: Hygienische Volksbelehrung als Vorspann der Gesundheitspolitik; Dr. Selka: Ueber die Notwendigkeit der Zusammenarbeit von Arzt und Zahnarzt.

Volksbuch 1930. Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8. 235 S. 160 Photos. 3.— RM kart.

Die dritte Front von Willi Münzenberg (Vorwort von Fritz Brupbacher). Neuer Deutscher Verlag. Gebd. 5.— RM.

Ludwig Tureck: **Ein Prolet erzählt.** Lebensschilderung eines deutschen Arbeiters. Malik-Verlag, Berlin W 50. Leinen 5.— RM.

Wera Inber: **Der Platz an der Sonne.** Frauenroman aus Sowjet-Rußland. Malik-Verlag. Leinen 4.80 RM.

George Grosz: **Das Neue Gesicht der Herrschenden Klasse.** 60 neue Zeichnungen. Leinen 6.50 RM, im Malik-Verlag.

Max Beer: **Allgemeine Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe.** 6. erweiterte Auflage. Preis brosch. 8.— RM. Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8.

Auf 800 Seiten gibt der Verfasser eine lebendige Schilderung der sozialen Massenbewegungen vom Altertum bis zur Aera der modernen Arbeiterbewegung. Die ungeheure Fülle des Stoffes ist gut disponiert und übersichtlich gegliedert.

Mitteilungsblatt Nr. 3 des Sozialdemokr. Intellektuellen Bundes. Heidelberg.

Die Neue Generation. Heft 11/12 des 25. Jahrg. enthält u. a.: Rudolf Goldscheid: Die generative Revolution; Henny Schumacher: Heiliges Leben; Strafrechtsausschuß und Ehebruchsparagraph; Freispruch eines Arztes bei sozialer Indikation.

Liebe und Leben. Offiz. Organ der Liga für Mutterschutz. 4. Jahrg. Heft 1/2. Berlin-Friedrichshagen.

Die Stigmatisierte von Konnersreuth von Dr. Fritz Gerlich. 2. Bd. Verlag Josef Kösel & Friedrich Pustet. München 1929.

Der erste Band behandelt die Lebensgeschichte der Therese Neumann. Im zweiten Band begründet der Verfasser seine Auffassung, daß „der Gesamtfall Therese Neumann nicht natürlich erklärbar ist."

Fritz Brupbacher: **Liebe, Geschlechtsbeziehungen und Geschlechtspolitik.** Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8. 53 Seit. Kart. 0.80 RM.

Carl Credé: **Frauen in Not** (Adalbert Schultz Verlag, Berlin).

Einzelfälle. Kurze prägnante Schilderungen von Frauenkatastrophen, die alle durch die Sinnlosigkeit der Gesetzgebung, die das keimende Leben „schützen" will — gleichgültig, ob es lebenswert ist oder nicht — das vorhandene Leben aber vernichtet, erzeugt sind. Und dadurch eben nicht mehr Einzelfälle, sondern Zusammenballung eines Systems auf einen einzigen schwerwiegenden Punkt. In diesem Sinne wirkt das Buch des Verfassers der Tragödie „Gequälte Menschen" aufklärend und propagandistisch. Und weil Aufklärung und Propaganda in weitesten Volkskreisen die einzige Möglichkeit bieten, dieses sinnlose Gesetz zu beseitigen, ist dieses Buch von Wert. Unendlich oft Gesagtes wird in erschütternder Form plastisch dargestellt. Das Buch ist bestimmt, auf Massen zu wirken, darum sollte es in Massen verbreitet werden. Von den sozialen und politischen Gründen des Gesetzes wird kaum gesprochen; aber weil Proletarierschicksale im Mittelpunkt stehen, wird es deutlich, daß die Sache der Arbeiterfrauen auf dem Spiel steht.

D. F.

Ilse Reicke, **Das größere Erbarmen.** (Eigenbrödler-Verlag, Berlin W 8, Zürich).

In der Form eines sentimentalen, oft kitschigen Romans nimmt die Autorin Stellung zur Frage der Geburtenregelung und des Abtreibungsverbotes. Die auptperson, eine Aerztin, gewinnt durch ihre Praxis im proletarischen Viertel Einblick in Not und Elend der Arbeiterfrau. Furchtbarste Wohnverhältnisse in den Mietskasernen, brutale Nahrungssorgen und den Fluch immer und immer wiederkehrender Schwangerschaft.

Sie zieht die Konsequenz aus dem ihr zuteil gewordenen Anschauungsunterricht: Kampf gegen das Abtreibungsverbot, Kampf für die Erhaltung von eben und Gesundheit vieler Tausender Proletarierfrauen durch die Forderungen: öffentliche Aufklärung und Verteilung von Verhütungsmitteln, ausreichender Muttersuchtz, erlaubte Schwangerschaftsunterbrechung durch den fachkundigen Arzt, überall dort, wo trotz Aufklärung Schwangerschaft entstanden und wo sie trotz Mutterschutz wirtschaftlich untragbar ist. Die Autorin zieht aus ihrer bürgerlichen Ideologie heraus nicht die Konsequenz der Notwendigkeit des verschärften Klassenkampfes, sie weist auch nicht auf die positiven Erfahrungen Sowjet-Rußlands hin, ihr Ausweg aus dem Verbrechen an der Volksgesundheit heißt Kampf durch Frauenbewegung! durch Aerztinnenverband! Gesetzgebung durch die Frau! Trugschlüsse, Irrwege, kein Ausweg. Wir haben ja erlebt, wie in dieser Frage der Aerztinnenbund in der Berliner Aerztekammer versagt hat, seine Vertretein hat eine Verteidigungsrede für die Heiligkeit des keimenden Lebens und den Gebärzwang gehalten, gegen die soziale Indikation.

Nur die Arbeiterklasse selbst, deren ureigenste Sache diese Frage ist, kann eine grundlegende Aenderung herbeiführen. Aber die praktischen Forderungen der Autoren sind gut, sie decken sich mit den unsrigen. Frau Reicke beknnt sich als Bundesgenossin für unseren Kampf gegen Pfuschertod und Gebärzwang. Ihr Buch — für eine Bürgerliche eine mutige Tat — wird von uns begrüßt.

M. Fl.

Briefkasten.

Auf verschiedene Anfragen. Von Schriften über Sozialisierung des Heilwesens nennen wir:

Stefanie Feigenbaum: Die Tendenzen zur Sozialisierung der ärztlichen Hilfe in Deutschland und Oesterreich. Heft 7 der „Volkswirtschaftlichen Studien", Berlin 1923; Rich. Roeder: Die Sozialisierung der ärztlichen Heiltätigkeit Verlag Schötz, Berlin, Wilhelmstraße 10, im Jahre 1920; N. Semaschko: Das Gesundheitswesen in Sowjetrußland. Sonderabdruck a. d. Dtsch. Mediz. Wochenschrift 1924; Wilhelm Grumach: Die Verstaatlichung der ärztl. Tätigkeit. Berl. Aerztekorrespondenz 1918, Nr. 52; Landvogt, Robert: Die Hygiene als Staatsmonopol. Verlag Birk & Co., München 1916; Hermann Wolf: Die Sozialisierung des Heilwesens im Verlag Verband Volksgesundheit, Dresden A. 1.

S. Heidelberg. Mit der Reform des mediz. Studiums hat sich der V.S.Ae. mehrfach auch in der letzten Zeit befaßt. Im „Soz. Arzt" sind Beiträge von Grotjahn, Hanauer, Hodann, Riese, Karl Löwenthal, Rud. Goldstein erschienen.

F. H. Es ist unmöglich, alle Pressekommentare über die Chemnitzer Reichstagung im „Soz. Arzt" abzudrucken. Eine Uebersicht finden Sie in dieser Nummer.

W. Baden. Der Kollege Feuerstein in Jena, der in der Diskussion der „Aerztl. Mitteilungen" gegen uns polemisiert, gehört dem V.S.Ae. nicht an. Ob er Mitglied einer sozialistischen Partei ist, entzieht sich unserer Kenntnis.

Hinweis! *Diesem Heft liegt das Inhaltsverzeichnis für den 5. Jahrgang des „Sozialistischen Arztes" bei*

Die letzte Nummer des „Sozialist. Arztes" (Nr. 4, V. Jahrg.) enthält:

Preis dieses Heftes 0,50 RM. Man abonniert für 4 Hefte zum Preise von 2,50 RM bei Dr. M. Flake, Berlin-Wilmersdorf, Waghäuseler Straße 19 (Postsch. Nr. 74 915). Für die Schriftleitung bestimmte Zuschriften sowie Rezensionsexemplare sind zu richten an Dr. Ewald Fabian, Berlin W 15, Uhlandstraße 52.

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Ewald Fabian. Verlag und Druck: Erakdruck, Berlin S 59, Hasenheide 54. Tel.: Baerwald 3325. Für Inserate: A. Schwarz.


Liebe
NEUER DEUTSCHER VERLAG, BERLIN W 8. NEUER DEUTSCHER VERLAG,